Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau

Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 Zł., monatl. 4,80 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 Zł. Bei Postbezug vierteljährl. 16,08 Zł., monatl. 5,36 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Zł. Danzig 3 Gld. Deutschland 2,50 R.-Mk. — Einzelnummer 25 Gr., Sonntags 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 30 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 250 Grosch. Danzig 20 bz. 150 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 150 Goldpfg., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 225. Bromberg, Sonnabend den 1. Oktober 1927. 51. Jahrg.

Neue Schwierigkeiten bei den Anleihe-Verhandlungen.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 29. September. In der Anleihefrage, die in den wichtigsten Punkten bereits als erledigt galt, ist geradezu unmittelbar vor dem endgültigen formellen Abschluß des Vertrages plötzlich eine so ernstliche Schwierigkeit aufgetaucht, daß von der polnischen Regierung eine entschieden negative Stellungnahme bezüglich der Realisierung der Stabilisierungsanleihe unter den vorliegenden Umständen erfolgt ist.

Der von den amerikanischen Bankiers vorgeschlagene Emissionskurs der Stabilisierungsanleihe ist nämlich von der polnischen Regierung abgelehnt worden. Von offiziöser Seite wird versichert, daß „die Regierung unabhängig von den Ergebnissen der bisher geführten Verhandlungen entschlossen sei, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel die Grundsätze des Stabilisierungsplans, welcher im Laufe der Anleiheverhandlungen ausgearbeitet wurde, zu verwirklichen."

Der „Kurjer Poranny", der bekanntlich die besten Beziehungen zur Regierung Piłsudskis unterhält, rechtfertigt den Entschluß der Regierung, das amerikanische Angebot abzulehnen, durch nachstehenden Kommentar:

„Daß die polnische Regierung die Bedingungen der von der Kapitalistengruppe vorgeschlagenen Anleihe, die ihr schließlich vorgelegt wurden, abgelehnt hat, kann eine Überraschung nur für diejenigen Auslandskreise sein, die noch nicht gelernt haben, gehörig die Veränderungen einzuschätzen, die im Pflichtgefühl der Regierungskreise gegenüber dem Staat von dem Augenblick an eingetreten sind, als das Staatsruder in die Hände der jetzt maßgeblichen Faktoren übergegangen ist. Die Gepflogenheit, Polen als einen Staat zu behandeln, der nur ein Objekt der internationalen Politik auf diplomatischem oder wirtschaftlichem Gebiete ist, und der als ein solches Objekt gezwungen ist, sich in die ihm von außen diktierten Bedingungen zu fügen, ist eine böse Gewohnheit der fremden öffentlichen Meinung. Diese Gewohnheit muß mit aller Entschiedenheit geheilt werden. Bewirkt kann dies nur dadurch werden, daß man einen starken Willen in der Wahrnehmung unserer Interessen zeigt und der Versuchung standhält, sich an der Leine des schwächsten Widerstandes festzuhalten.

Unter diesen Bedingungen könnte die leichtsinnige Methode, sich vor den Schwierigkeiten des Augenblicks durch Übernahme von Verpflichtungen zu neigen, die die Schwierigkeiten und Lasten des morgigen Tages nur vermehren würden, das Ansehen und den Wert des Staates nur diskreditieren und zur Geringschätzung seiner inneren Kraft und der energischen Arbeit an der Entwicklung seines Wohlstandes beitragen. Von diesem Gesichtspunkte aus, stellt die Entscheidung der Regierung zweifellos eine günstige Erscheinung dar, nicht allein für das eigene Selbstgefühl des Wertes eines Faktors, den wir im gemeinsamen Wirtschaftsleben Europas repräsentieren, sondern auch für die gehörige Einschätzung unserer Verantwortlichkeit in unseren äußeren Beziehungen." —

Die Nachricht, daß die Anleihe an der von den Amerikanern vorgeschlagenen Höhe des Emissionskurses gescheitert ist, machte einen um so tieferen Eindruck in den breitesten Bevölkerungsschichten, als sie ganz unverhofft kam und der allgemein verbreiteten optimistischen Stimmung einen Strich durch die Rechnung machte. Der Entscheidung der Regierung gingen sehr eingehende Beratungen voraus. Gestern mittag ist der Präsident der Republik aus Spala nach Warschau gekommen und hat sich unverzüglich nach dem Belvedere begeben, wo er eine halbe Stunde lang mit Marschall Piłsudski konferierte. Um 1 Uhr empfing der Staatspräsident den Vizepremier Bartel und konferierte mit ihm mehr als eine Stunde lang. Nach der Rückkehr in das Ministerratspräsidium empfing der Vizepremier den Finanzminister Czechowicz. Um 5 Uhr nachmittags begaben sich der Vizepremier Bartel und der Finanzminister Czechowicz nach dem Belvedere, wo Marschall Piłsudski mit ihnen eine längere Beratung abhielt. Um 10 Uhr nachts fand eine entscheidende Konferenz im Finanzministerium statt, an welcher der Vizepremier Bartel, der Finanzminister Czechowicz, Ministerialdirektor Barański, der Vizepräses der Bank Polski Młynarski, — und die Vertreter des amerikanischen Konsortiums, Monnet, Fisher, Denis, Chare und Lippinkot, teilnahmen. In dieser Konferenz **wurde den amerikanischen Vertretern** bezüglich des von ihnen vorgeschlagenen Emissionskurses eine entschieden ablehnende **Antwort** erteilt.

Die **Regierugspresse, welche** vom Ergebnis der Konferenz im Finanzministerium nach Mitternacht verständigt worden war, glossierte die kahle, jedes Details entbehrende Mitteilung mit eigentümlich wirkenden, eine sehr gereizte Stimmung verratenden Bemerkungen, die sich wie die **Andeutung eines endgültigen Abbruchs weiterer Verhandlungen mit den Amerikanern** ausnahmen. Im Laufe des Vormittags aber stellte sich allmählich eine ruhigere Auffassung der Situation ein. Schon die Tatsache, daß die amerikanischen Unterhändler nicht abgereist sind, legte nüchterne Gedanken nahe. Einen weiteren Anknüpfungspunkt für besonnenere Kommentare bildete die Festsetzung einer Konferenz zwischen dem Vizepremier Bartel und den Vertretern des amerikanischen Konsortiums für 1 Uhr nachmittags. Der Vorschlag zur Abhaltung dieser Konferenz war von den Herren Monnet und Fisher ausgegangen.

Dem Vertreter des **„Przegląd Wieczorny"** erteilte der Vizepremier auf die Frage, ob die Möglichkeit der Wiederaufnahme von Verhandlungen mit derselben amerikanischen Gruppe vorhanden sei, eine ausweichende Antwort. Der Vizepremier sagte: „Alles ist möglich, Herr Redakteur. Sogar mit seiner Ehefrau, von der man sich hat scheiden lassen, **kann man sich wieder vereinigen. Also . . ." Der Vertreter** des Regierungsblattes folgert daraus, daß die Anleiheverhandlungen nur als unterbrochen zu betrachten seien „und zwar infolge der Uneinigkeit bezüglich einiger Punkte, deren Annahme das Prestige des Staates nicht gestatte." Er signalisiert mit sichtlicher Beflissenheit die Möglichkeit einer Änderung der Situation.

Über die Bedingungen, welche die Amerikaner der polnischen Regierung vorgeschlagen, dringt allmählich auch Kunde in die Öffentlichkeit. **So soll der Prämienkurs der Anleihe um 2 Dollar auf 100 niedriger sein als bei der Dillon-Anleihe;** für den sofortigen Verkauf der gesamten Anleihe wird volle Garantie geboten

*

Weder abgebrochen — noch unterbrochen.

Eine Erklärung des Vizepremiers Bartel.

Warschau, 30. September. (PAT.) Vizepremier Bartel empfing gestern 10 Uhr abends Vertreter der polnischen Presse, denen er erklärte, daß die Anleiheverhandlungen weder unterbrochen, noch abgebrochen, noch beendet worden seien. Beide Seiten streben die schnellste Beendigung der Verhandlungen an. Auf die Frage, was den Hauptgegenstand der Verhandlungen bilde, bestätigte Herr Bartel, daß es sich tatsächlich um die Festsetzung des Emissionskurses handele.

Nach Entgegennahme des Berichts über die Finanzlage des Staates, die der Finanzminister erstattete, anerkannte der Finanzrat einmütig, daß man sich, trotzdem die Wirtschafts- und Finanzlage des Staates im gegenwärtigen Augenblick günstig sei, auch weiterhin strikte an die Grundsätze des Stabilisierungsplans der Regierung, sowie das Budgetgleichgewicht in jedem einzelnen Monat halten müsse. Der Rat halte es ebenfalls für angezeigt, die Arbeiten an der Erlangung eines Auslandskredits fortzusetzen.

Die Deutsche Rundschau erneut beschlagnahmt

Bromberg, 30. September. Auf Grund des inzwischen vom Sejm aufgehobenen Pressedekrets vom 10. Mai d. J. wurde die gestrige Ausgabe der „Deutschen Rundschau" (Nr. 223) wegen Aufnahme einer sensationellen Nachricht über den Fall Zagórski wiederum polizeilich beschlagnahmt. Die verfängliche Mitteilung stellte — wie wir beim Abdruck mehrfach erkennen ließen — eine wörtliche Übersetzung aus dem der Regierung nahestehenden „Głos Prawdy" dar und war in derselben Fassung unbeanstandet auch in anderen polnischen Presseorganen — so auch im „Kurjer Poznański — erschienen. Der „Dziennik Bydgoski", der sich allerdings einen eigenen Kommentar in dieser Angelegenheit erlaubt hatte, wurde gleichfalls beschlagnahmt.

Unmittelbar nach der Beschlagnahme haben wir nach Ausmerzung des beanstandeten Artikels eine neue Ausgabe (Nr. 224) in Druck gegeben, deren verspätetes Erscheinen wir mit Rücksicht auf die oben angegebenen Begleitumstände freundlichst zu entschuldigen bitten.

Rakowski soll verschwinden.

Schärfere französische Sprache gegenüber Moskau

Paris, 30. September. (Eigene Drahtmeldung.) Unter den Fragen, mit denen sich der heutige **Ministerrat** in Rambouillet unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumergue beschäftigen wird, nimmt das russische Problem einen nicht geringen Raum ein.

Wie der offiziöse **„Petit Parisien"** zu berichten weiß, wurde der französische Botschafter in Moskau Herbette vor zwei Tagen beauftragt, seine letzte Demarche über die Abberufung des russischen Botschafters in Paris Rakowski **in einer bestimmteren Form** zu wiederholen, und diesmal dem russischen Kommissar für auswärtige Angelegenheiten klar zu verstehen zu geben, daß das weitere Verbleiben Rakowskis in Paris nur ein Hindernis für die im Gange befindlichen Verhandlungen bilden könnte, nachdem sich ein Teil der französischen Öffentlichkeit gegen Rakowski gewandt habe. Die Antwort der Sowjets auf diesen Schritt der französischen Regierung liege noch nicht vor, bemerkt das Blatt, aber es sei nicht ausgeschlossen, daß sich die Regierung von Moskau, nachdem sich die Stellung Rakowskis immer schwieriger gestaltete, und da sie andererseits eine Verschlechterung der französisch-russischen Beziehungen vermeiden möchte, sich doch für eine Ersetzung Rakowskis entscheidet.

*

Poincaré über die Schuldenverhandlungen.

Paris, 30. September. (Eigene Drahtmeldung.) In der gestrigen Sitzung der Finanzkommission schnitt der sozialistische Abgeordnete Auriol die Frage der **französischen** Schulden bei Amerika und England an. Er betonte, daß von dem mit England und Amerika abgeschlossenen provisorischen Abkommen eines vor Schluß der gegenwärtigen und das andere zu Beginn der kommenden Legislaturperiode ablaufe und daß es nicht angehe, einer neuen Kammer die Verantwortung für das Schuldenproblem zu belassen. Poincaré beschränkte sich in seiner Antwort auf die Erklärung, daß die Verhandlungen im Gange seien und daß das Parlament zurzeit des Abschlusses der Abkommen Gelegenheit haben würde, über diese Fragen zu entscheiden. Die Regierung würde sich jedoch jeder Maßnahme widersetzen, die das budgetäre Gleichgewicht stören würde, nötigenfalls unter Stellung der Vertrauensfrage.

Der Stand des Złoty am 30. September:

In Danzig: Für 100 Złoty 57,77
In Berlin: Für 100 Złoty 47,10
(beide Notierungen vorbörslich)
Bank Polski: 1 Dollar = 8,88
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 8,92.

Lord Balfour — amtsmüde.

Ernste Krise des Kabinetts Baldwin.

Der „Manchester Guardian" kündigt **wesentliche Veränderungen im britischen Kabinett an. Lord Balfour,** der amtsmüde sei, werde als Präsident des geheimen Rates durch den bisherigen Kultusminister Lord Cecil ersetzt werden. An Percys Stelle, der sich durch reaktionäre Reden in einem für die kommenden Wahlen gefährlichen Umfange bei der Wählerschaft verhaßt gemacht habe, werde wahrscheinlich der von den Liberalen zu den Konservativen übergegangene ehemalige Finanzberater von Polen, Hilton Young, der bereits jetzt in Genf für die Regierung tätig sei, Kultusminister werden. Kanzler des Herzogtums Lancaster an Stelle von Sir Robert Cecil werde der bisherige Vertreter Indiens im Völkerbund Lord Lytton.

Der Verlust von Lord Balfour, der ein Gegner der Russenpolitik und erfolgreicher englischer Delegationsführer auf der Abrüstungskonferenz in Washington war, würde einen weiteren schweren Prestigeverlust der Regierung unmittelbar vor den Neuwahlen bedeuten.

Wie der Londoner Korrespondent der „Königsberger Hartungschen Zeitung" berichtet, glaubt dort niemand, daß Balfour, dessen jugendliche Frische allgemein auffällt, gerade jetzt amtsmüde sei. Dagegen sind zahlreiche Äußerungen des Unwillens Balfours über die Unbelehrbarkeit und Ungeschicklichkeit Chamberlains in den außenpolitischen Handlungen im Umlauf. Übrigens soll auch **der englische Außenminister „ersatzbedürftig"** sein. Churchills Lage hat sich gleichfalls keineswegs gebessert, die Einnahmen des ersten Halbjahres des laufenden Budgets sind um viele Millionen hinter den von dem englischen Kohlenarbeiterstreik beeinflußten Ziffern, die seinerzeit nur als „einmalig und außergewöhnlich ungünstig" bezeichnet worden waren, zurückgeblieben.

Baldwins Lage **auf dem Parteitag in Cardiff,** der in der nächsten Woche beginnen wird, ist durchaus nicht leicht. Kommt er nämlich den Schutzzöllen der englischen Industrie entgegen, die die Kosten der nächsten Wahlen bezahlen müssen, dann wird der bis jetzt noch vorläufig innenpolitisch latent gebliebene Konflikt der Regierung mit Sir Robert Cecil und seinen Freunden sowie den konservativen Freihändlern von Lancashire unter Führung von Lord Derby akut. Diese Fronde, die bisher auch durch den Rücktritt Sir Robert Cecils und durch Balfours geäußerte Demissionsabsichten ihre Unzufriedenheit über den ungünstigen Ausgang fast aller „außenpolitischen" Aktionen zum Ausdruck gebracht hat, könnte leicht durch extreme wirtschaftspolitische Experimente vollends in die Arme der Liberalen getrieben werden. Während Baldwin also, wenn er die Industrie zufrieden stellt, auf Abbröckelung nach links gefaßt sein muß, drohen ihm vom rechten Flügel seiner Partei auf dem bevorstehenden Parteitag gleichfalls Gefahren, wenn er versuchen sollte, die Versprechungen zu erfüllen, die er bei der vorigen Wahl gegeben hat, nämlich das Wahlalter der Frauen von 30 auf 21 Jahre herabzusetzen.

Der rechte Flügel will in Cardiff über seine Forderung, diese Herabsetzung des Wahlalters fallen zu lassen, die Vertrauensfrage stellen. Bleibt Baldwin in der Minderheit oder erhält er nur eine knappe Mehrheit, dann ist nicht ausgeschlossen, daß der keineswegs amtslustige Premierminister aus den Verpflichtungen seiner Partei die menschlich verständlichste Konsequenz zieht. Die Parteileitung wird aber zweifellos alles daran setzen, eine Demission Baldwins zu verhindern; denn ein derartiger Entschluß würde die Partei selbst in die schwierigste Lage versetzen.

Arbeitsverteilung in Genf.

In seiner letzten geheimen Sitzung hat der Völkerbundrat die Neuverteilung der Referate unter die Ratsmitglieder vorgenommen. Die drei neueintretenden Ratsmitglieder erhalten folgende Referate: Finnland die allgemeinen Finanzfragen, Kuba die Finanzen des Völkerbundes und die Presse-Konferenz, Kanada die mit dem Kinderschutz zusammenhängenden Fragen, Rumänien erhält an Stelle der ausscheidenden Tschechoslowakei das Referat über die Abrüstungsfrage. Polen das Referat über die Verkehrsfragen und die humanitären Fragen, soweit sie nicht besonders aufgeteilt sind. Japan behält wie bisher das Referat über die Hygiene, Italien die Fragen des internationalen Rechts und die Saarfrage, Chile die Danziger Frage, Frankreich die Angelegenheiten der geistigen Zusammenarbeit, England den Mädchen- und Kinderhandel, Deutschland die Wirtschaftsfragen. Der Vertreter der Niederlande behält die Mandatsfrage, China die internationalen Bureaus **und Kolumbien die Minderheitsfrage.** Es hat dabei aber nicht viel zu tun, da sich die Minderheiten aus begreiflichen Gründen in letzter Zeit nur sehr wenig beschwerdeführend nach Genf gewandt haben.

Rußland und Polen.

Sasonow gegen die polnischen Ostgrenze.

Im September-Heft der Monatsschrift **„Bibliothèque Universelle et Revue de Genève“** veröffentlicht der frühere russische Außenminister **Sasonow** unter dem Titel „**Rußland und Polen**“ einen Artikel, in dem er die gegenwärtigen Ostgrenzen Polens nicht anerkennen will. Nachstehend geben wir nach dem **„Kurjer Warszawski“** den Artikel im Auszuge wieder:

Die Lösung der polnischen Frage ist zum Nachteil für die nationalen Interessen Rußlands erfolgt. Die polnischen Patrioten hatten einen Anfall von Größenwahn, den sie von ihren Vorfahren geerbt haben, indem sie einen Staat schufen, der die ethnographischen Grenzen bedeutend überschreitet, ohne Rücksicht darauf, daß dies schon einmal die Ursache für den Untergang Polens war. Paderewski stellte in Paris Polen als ein reiches Land mit 35 Millionen Einwohnern dar, während es in Wirklichkeit nur 18 Millionen Polen gibt. Die Polen haben ohne Skrupel Weißrußland und Kleinrußland ihrem Lande einverleibt, wo man noch immer das polnische Joch in Erinnerung hat, nahmen das Wilnagebiet in ihren Besitz und vergrößerten dadurch ihre Gebiete zu der Größe eines Staates, der fähig ist, seine Grenzen zu verteidigen und ein wertvoller Bundesgenosse Frankreichs zu sein. Im Kriege mit den Bolschewisten im Jahre 1920 wurde Polen dank der Ankunft eines der besten französischen Generale gerettet. Das Rigaer Traktat erkannte Polen die erwähnten Gebiete und die Bevölkerung zu, die niemand in Schutz nimmt, trotzdem sie ein bedauernswertes Leben führt, ihrer Schulen und der Muttersprache verlustig gegangen und Religionsverfolgungen ausgesetzt ist. Die liberale polnische Verfassung und die Dekrete des Völkerbundes sind in Polen ein toter Buchstabe geblieben.

Die polnische Regierung wußte genau, daß sie nicht das Recht hat, eine Autokephalie der orthodoxen Kirche zu bilden, sie ersetzte aber trotzdem die legale Jurisdiktion des Moskauer Patriarchen durch die Jurisdiktion des Patriarchen von Konstantinopel, dessen Macht in Rußland seit fünf Jahrhunderten zu bestehen aufgehört hat. Zahlreiche Kirchen wurden weggenommen, die Klöster geschlossen, ihre Reichtümer konfisziert, die Bischöfe beseitigt, um sie durch andere zu ersetzen.

Wenn die Teilungen Polens ein Verbrechen waren, so ist die Frage berechtigt, ob Polen nicht noch ein größeres Verbrechen begangen hat, indem es russische Gebiete vergewaltigte. Die schwachen Proteste der Russen finden jetzt kein Gehör, oft infolge der feindlichen Einstellung gegenüber der jetzigen Regierung in Rußland. Man hätte erwarten können, daß Frankreich Polen abraten würde, fremde Elemente, die schwer zu assimilieren sind, seinem Gebiet einzuverleihen. In der Erkenntnis dieser Schwierigkeit, nahmen die Polen Zuflucht zur Polonisierung, indem sie den Besitz im Osten nicht unter die russischen Bauern, sondern unter polnische Ansiedler parzellierten. Ein Beweis, wie die Polen ihre Verpflichtungen gegenüber dem Versailler Traktat in bezug auf die nationalen Minderheiten erfüllen. Und es wird noch viel Zeit vergehen, bis die rechtliche Fiktion, wie sie der Völkerbund jetzt ist, zu einem lebenden Organismus wird.

Die Polen sind der Meinung, daß Polen, um mächtig zu sein, groß sein muß, und die französische Regierung widersetzt sich dem nicht. Im Besitz einer Bevölkerung, die sich aus 45 Prozent fremder Elemente zusammensetzt, erinnert Polen an die Habsburgische Monarchie, die eben deswegen zerfiel, weil sie sich aus zuviel Elementen zusammensetzte. Ein vereinigtes Polen tut Europa not, aber es ist eine zweifelhafte Sache, ob es so wie es jetzt ist, eine Säule des Friedens oder eher eine Bedrohung des Friedens sein kann. Die irrige Politik, welche die gegenwärtige bolschewistische Oligarchie in Rußland und die Schwächung Deutschlands als dauernd betrachtet, führt zu unerwarteten Ereignissen, und es liegt sowohl im Interesse Europas als auch der ganzen Welt, ihnen zuvorzukommen. Das heutige Polen scheint ein künstliches Gebilde zu sein. Die französische Regierung würde zur Festigung des Friedens beitragen, falls sie sich der zwar schwierigen aber ehrenvollen Aufgabe unterziehen wollte: der Versöhnung des russischen und des polnischen Volkes. Der Augenblick der Auferstehung Polens war hierzu der geeignetste.

Die Polen hätten nicht den Mut gehabt, ihre Pläne zu realisieren, wenn Frankreich ihnen die Gefahr vor Augen geführt hätte. Doch Frankreich fürchtete die polnischen Sympathien zu verlieren. So bildet Polen jetzt einen Staat zwischen zwei stärkeren Nachbarn, deren jeder an ihn Forderungen hat. Der dritte Nachbar, Litauen, ist noch mehr als irgendein anderer das Opfer des grenzenlosen polnischen Imperialismus. Die Einnahme von Wilna durch den General Żeligowski hat das im Entstehen begriffene Litauen nicht zum Verzicht gezwungen; doch seine Proteste fanden keinen Widerhall. Die polnische Regierung hat Wilna als einen integralen Teil Polens erklärt, und der Völkerbund hat vor der vollendeten Tatsache kapituliert.

Zum Schluß bemerkt Herr Sasonow, er möchte im Namen seiner zahlreichen Landsleute, die Polen stets wohlgesinnt waren, dem Wunsche Ausdruck geben, daß endlich nach vier jahrhundertlangen feindseligen Beziehungen eine Aera der Versöhnung eintritt, die sich auf eine freundschaftliche Regelung der gemeinsamen Grenzen und die Anerkennung der gegenseitigen Rechte stützt. Andernfalls wird der Friede in Europa nicht gesichert.

Der „Kurjer Warszawski“ findet es charakteristisch, daß dieser Artikel eines ehemaligen russischen Außenministers in einer Genfer Monatsschrift gerade während einer Tagung des Völkerbundes erscheinen konnte.

*

Wer diese ungeschminkten Thesen eines ehemaligen zaristischen Außenministers zur Kenntnis nimmt, wird es begreiflich finden, daß die Warschauer Regierung an einem Ersatz des bolschewistischen Regiments im Kreml kein sonderliches Interesse hat. Die Politik des Herr Patek ist sinnfälliger als die seines Gegenspielers Skirmunt.

Weniger verständlich bleibt allerdings, daß noch immer die Mehrheit der sogenannten „nationalen Kreise“ in Polen gefühlsmäßig die Orientierung nach dem stets unfreundlichen Rußland der alten Zeit einer Verständigung mit dem westlichen Nachbarn vorzieht. Daß diese Verständigung nicht nur ihre wirtschaftliche, sondern auch ihre gefühlsmäßige Seite hat, wird niemand leugnen können, der die politische Geschichte, insonderheit der letzten Jahre, verfolgt. Die Sicherheit des polnischen Staates ist ohne eine verständnisvolle Lösung des Minderheitenproblems nicht denkbar.

Die Westgrenzen Polens.

Ein Brief des Abgeordneten Diamand an die deutsche Sozialdemokratie.

In Warschauer politischen Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit der (auch von uns berichteten) Unterredung, die das Mitglied der deutschen Delegation im Völkerbunde, der Vertreter der deutschen sozialdemokratischen Partei, Reichstagsabgeordneter Breitscheidt, unlängst französischen Pressevertretern in Paris gewährte und in der er feststellte, daß die deutsch-polnische Grenzfrage in rechtlicher Weise gelöst werden könnte, ohne zur territorialen Änderung der Grenze selbst Zuflucht zu nehmen. Breitscheidt behauptete, daß man die Grenze für die Bürger beider Staaten dadurch unsichtbar machen würde, daß man die Paßschikanen beseitigt, den Grenzverkehr erleichtert, neue Handelstraktate abschließt usw. Diese Meinung steht scheinbar im Gegensatz zu den Ansichten des sozialistischen Reichstagspräsidenten Loebe, die dieser auf der Interparlamentarischen Konferenz in Paris geäußert hatte. **Breitscheidts Erklärungen** aber waren, wie die polnische Presse annimmt, zweifellos durch einen Brief inspiriert, den der bekannte polnisch-sozialistische Sejmabgeordnete **Diamand** an die deutschen sozialdemokratischen Behörden unmittelbar nach Bekanntgabe des Standpunktes des Reichstagspräsidenten Loebe gerichtet hatte. Dr. Diamand schreibt u. a.:

„Genosse Loebe, den ich sehr gern habe, zu dem ich mich hingezogen fühle und den ich hoch achte, hat im Auslande einen Brief veröffentlicht, aus welchem hervorgeht, daß er eine Änderung der Ostgrenzen Deutschlands als notwendig ansehe, jedoch gleichzeitig wünsche, daß diese Änderung auf friedlichem Wege erfolgt. Dem Genossen Loebe scheint es, daß er mit dieser Erklärung dem Frieden gedient hat, ich habe aber den Eindruck, daß gerade das Gegenteil der Fall ist. Es liegt in der Macht des Gnossen Loebe, die Diskussion über eine der schwierigsten Fragen aufzunehmen und ihr die größte Aktualität zu geben; doch die Art der Lösung dieser Frage entzieht sich vollkommen seinem Einfluß. Indem er im gegenwärtigen Augenblick die Diskussion über eine derartige Angelegenheit herausfordert, verlegen wir die Entscheidung darüber in eine sehr weite Zukunft, wenn wir sie überhaupt nicht unmöglich machen. Die deutschen Genossen bedenken nicht, daß wir in Zeiten beiderseitiger „Stahlhelme“ leben und daß wir durch Heranziehung solcher Themen Wasser auf deren Mühlen gießen.

Weshalb fordert ihr nicht die Abtrennung rein deutscher Gebiete wie etwa im Süden von der **Tschecho-Slowakei**, ebenfalls auf friedlichem Wege? Denn ihr wißt gut, daß diese Frage auf friedlichem Wege nicht gelöst werden kann und daß lediglich ein siegreicher Krieg die deutsch-tschechische Grenze verschieben könnte. Die Ostgrenzen Deutschlands bilden ein Grenzgebiet Polens, das von Polen bewohnt wird (richtiger: das auch von Polen bewohnt wird und in seiner nördlichen Hälfte — vor 1918 — von keiner polnischen Mehrheit. D. R.). Ich will nicht betonen, daß die deutschen Nationalisten die Entdeutschung des Gebiets erleichterten, indem sie zum Verlassen Polens und zur Option zugunsten Deutschlands aufforderten. (Das ist niemals geschehen! D. R.) Wäre dies nicht gewesen, so wäre der polnische Charakter der Bevölkerung ohnehin nicht betroffen worden (richtiger: eines Teils der Bevölkerung. D. R.). Sollten diese Grenzen geregelt werden, so weiß ich nicht, wie man irgendeinen Staat zur freiwilligen Abtretung der von Landsleuten bewohnten Gebiete für die wirtschaftlichen Interessen des Nachbarn bewegen sollte. Wird diese Forderung gestellt und stellt es sich heraus, daß ihre friedliche Lösung in einem bestimmten Termin undurchführbar ist, — was dann? Sind die Genossen der Ansicht, daß es ihnen gelingen wird, den Lauf der in Gang gebrachten Angelegenheit aufzuhalten?

Auch ich halte die heutigen Grenzverhältnisse für unmöglich. Die Grenzen müssen einen anderen Charakter, eine andere Bedeutung erhalten. Die Grenzen im heutigen Begriff müssen fallen wie die Grenzen und Mauern der Städte des **Mittelalters** gefallen sind. Dieses Problem kann auf friedlichem Wege gelöst werden. Aber die Verschiebung der Grenzen auf ein fremdsprachiges Gebiet? . . . Auf friedlichem Wege? . . .“

Stresemanns Rheinbund.

Paris, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.) Reichsaußenminister Dr. **Stresemann** gewährte dem Vertreter eines französischen Blattes eine Unterredung, in der er auf die letzte Völkerbundtagung und das französisch-deutsche Verhältnis zu sprechen kam. Dr. Stresemann führte aus, daß sich die Deutsche Regierung darüber klar gewesen sei, daß vor Eintritt Deutschlands in den Völkerbund das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland geklärt werden mußte. Es sei nur eine Frage der Zeit, daß man von einer Völkerbundversammlung werde sprechen müssen, in der Deutschland und Frankreich ihre Anstrengungen für den Frieden würden vereinigen müssen, ohne daß ein Schatten ihre Beziehungen trübe. Er würde dies aufrichtig wünschen. Auf alle Fälle habe die deutsche Delegation im Laufe der vergangenen Tagung alles in ihren Kräften stehende getan, um dem Frieden zwischen beiden Ländern zu dienen. Dabei habe sie der Gedanke geleitet, daß die Zukunft Europas nur dann gesichert sei, wenn die Staaten nicht ausschließlich an ihre eigenen Interessen dächten, sondern auch die gemeinsamen Interessen aller nicht vergäßen. Das gemeinsame Interesse aller aber erfordere mit Nachdruck die

Konsolidierung des Völkerbundes.

Zu Beginn der letzten Tagung habe ein gewisses Unbehagen geherrscht und es seien verschiedene Krisengerüchte verbreitet gewesen. Er sei glücklich, heute sagen zu können, daß die deutsch-französische Zusammenarbeit zur Zerstörung dieses Unbehagens beigetragen und die Gerüchte zum Schweigen gebracht habe, indem Deutschland und Frankreich gemeinsam die anfangs schadhafte Versammlung belebt und den Völkern das notwendige Vertrauen zum Werk von Genf eingeflößt hätten. Man möge sich nur vorstellen, was aus dieser Versammlung geworden wäre, wenn Deutschland und Frankreich einander feindlich gegenübergestanden und nur für ihre eigenen Interessen gearbeitet und hinter den Kulissen manövriert hätten. Briand und er hätten aber derartige Versuche von sich fern gehalten und auf jede Prestige-Politik verzichtet. Wenn diese unter pessimistischen Eindrücken eröffnete Versammlung nun bei den Völkern den Eindruck hinterlasse, daß man in Genf trotz aller Schwierigkeiten ohne jeden Hintergedanken sprechen könne, so könne man mit Recht sagen, daß die 8. Vollversammlung des Bundes, obwohl sie keine besondere und sensationelle Kundgebung gebracht habe, Gutes geleistet habe.

In einer Anmerkung zu den Ausführungen Dr. Stresemanns erklärt das Blatt, daß man die interessanten Erklärungen Dr. Stresemanns mit um so größerem Interesse lesen werde, als sie glücklicherweise von dem Ton gewisser Erklärungen in Deutschland abwichen. Auch wenn die französische Empfindlichkeit in der einen oder anderen Wendung der Erklärungen Stresemanns einen Hintergedanken befürchten sollte, bestehe die Tatsache, daß Stresemann den Wunsch hervorgehoben habe, mit Frankreich auf allen Gebieten zu einer sich immer enger gestaltenden Zusammenarbeit zu gelangen. Das höre man in Frankreich lieber als die Echos der Reden von Tannenberg. Zum Schluß gibt das Blatt dem Wunsche Ausdruck, daß Stresemann den Mut, die Autorität und die Macht besitzen möchte, diese Politik zu befolgen. Es gäbe wahrscheinlich keinen Franzosen, der sich hierüber nicht freuen könnte.

Kardinal Ledóchowskis Gebeine in Posen.

Posen, 29. September. (PAT.) Die Überführung der sterblichen Überreste des Kardinals Ledóchowski vom Bahnhof zur Kathedrale, wo sie zur ewigen Ruhe bestattet werden sollen, gestaltete sich zu einer imposanten Manifestation der katholischen und nationalen Gefühle der hiesigen Bevölkerung. Die Häuser waren mit Nationalflaggen reich geschmückt. Längs der Straßen bildeten Organisationen und Vereine, sowie die Schuljugend Spalier. In den Sälen und auf dem Bahnsteig des mit Grün und Flaggen geschmückten Bahnhofs hatten sich zahlreiche Vertreter der Geistlichkeit mit den Bischöfen Łukomski, Przeździecki, Laubitz und Radoński an der Spitze, die Familie des Kardinals Ledóchowski, Vertreter der Regierungs- und Kommunalbehörden, sowie des Militärs, der Rektor der Posener Universität, der französische und tschechoslowakische Konsul, sowie eine Ehrenkompanie mit Orchester eingefunden.

Unter den Klängen des Trauermarsches traf um 6½ Uhr abends der mit Grün und den Kardinalsinsignien geschmückte Waggon mit den Gebeinen des Kardinals auf dem Bahnhof ein. Nach Öffnung der Waggons wurde der Sarg hinausgetragen und auf den Leichenwagen gestellt, der von sechs Rappen gezogen wurde. Gleichzeitig sang der Chor der Kathedrale „Beati mortui“. Den Leichenzug eröffneten das Orchester des 15. Ulanenregiments, sowie zwei Kavallerie-Schwadronen. Weiter schritten die Schuljugend, die Vereine und Organisationen mit den Fahnen, Ordensbrüderschaften, die Geistlichkeit und der den Zug führende Bischof Łukomski in Begleitung von drei anderen Bischöfen und etlichen Domherren. Hinter dem Sarge wurde eine Unmenge von Kränzen getragen. Dem Leichenwagen folgten Delegationen mehrerer Vereine, sowie Malteserritter und päpstliche Kammerherren, die Familie des Kardinals Ledóchowski, Vertreter der Behörden usw. Den Schluß des Leichenzuges bildete eine Ehrenkompanie.

Etwa um 9 Uhr näherte sich der Zug der Kathedrale. Unter Glockengeläute wurde der Sarg in das Presbyterium getragen und auf einen mit Bäumen umgebenen Katafalk niedergelegt. Nach Absingen von Liedern und Beendigung der Trauerzeremonien war der Trauerakt beendet.

Deutsches Reich.

Verbotene Kommunisten-Kundgebung am 2. Oktober.

Der Polizeipräsident von Berlin hat die von der Kommunistischen Partei und den von ihr abhängigen Organisationen angekündigte Demonstration gegen den Reichspräsidenten, die am 80. Geburtstage Hindenburgs im Lustgarten mittags stattfinden sollte, verboten. Dieses Verbot entspricht der bei allen wichtigen politischen Anlässen vom Polizeipräsidenten eingeführten Übung, daß Gegendemonstrationen, die nur zur Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung führen können, untersagt werden. Die Kommunisten hätten, zumal am Sonntag, dem 2. Oktober, die Kräfte der Polizei für die lange Spalierstraße vom Brandenburger Tor bis zum Stadion zu einem erheblichen Teil in Anspruch genommen werden, sicher den Versuch gemacht, in irgendeiner Form die Bannmeile zu durchbrechen, oder unter Umgehung der Bannmeile sich in kleineren Trupps unter die großen Massen zu mischen, die an der Spalterbildung teilnehmen werden.

Ein edles Paar.

Der „Auch“deutsche Mertens, über dessen Treiben in der „Baltischen Presse“ und anderen antideutschen Propagandablättern wir bereits berichtet haben, steht würdig an der Seite seines Gesinnungsgenossen Foerster. Dieses edle Paar soll angeblich die Absicht haben, den deutschen Reichsaußenminister in Genf (!) zu verklagen. Über diese „Klage-Absicht“ schreibt die „Tägliche Rundschau“: „Ein radikales Berliner Montagsblatt verbreitet die Nachricht, daß Foerster und Mertens den Reichsaußenminister wegen der Rede, in der er sie als das gekennzeichnet hat, was sie sind, nämlich als Lügner und Lumpen, in Genf verklagen wollen. Diese Herostraten wollen wohl nur von sich reden machen. Sie wissen ganz genau, daß die Mitglieder der Delegationen in Genf Exterritorialitätsrechte besitzen. In Deutschland zu klagen, werden sie sich hüten. Sie wissen ganz genau, welches Schicksal ihnen beschieden wäre.“

Wirbelsturmkatastrophe über St. Louis.

London, 30. September. (Eigene Drahtmeldung.) Eine schwere Wirbelsturmkatastrophe ist über St. Louis und Umgebung gestern nachmittag niedergegangen. Der Sturm wütete nur fünf Minuten, zerstörte jedoch in dieser kurzen Zeit ganze Stadtteile. Umgeworfene Autos, geknickte Laternenpfähle, abgedeckte Häuser zeigten den Weg des Orkans. Überall sah man Menschen, die unter den Trümmern nach ihren Angehörigen suchten. In Ruby (Arcansas) blieb allein der Bahnhof stehen, während die ganze übrige Stadt zerstört wurde. Man vermutet, daß die Zahl der Toten 100 übersteigen wird. Die Zahl der Verwundeten wird auf 2000 geschätzt, der Materialschaden auf 100 Millionen Dollar.

Pommerellen.

Registrierung von Zuchtstuten.

Auf Grund einer Ministerialverordnung vom 23. 1. 25, bzw. 9. 10. 26 („Dz. Ust. R. P.“ Nr. 17, Pos. 113/25) wird darauf aufmerksam gemacht, daß eine Registrierung von Zuchtstuten stattfindet, zu welcher Pferdezüchter, die Rassestuten besitzen und diese bei evtl. Kriegsausbruch vor Requirierungen geschützt haben möchten, ihre Stuten stellen und eintragen lassen müssen. Als Beweis der Eintragung erteilt die pomm. Landwirtschaftskammer eine Bescheinigung. Solche Registrierungen finden statt: Thorn am 14. November, Culmsee 15. November, Graudenz 19. Oktober, Strasburg 15. Oktober, Schönsee 6. Oktober, Briesen 7. Oktober, Kornatowo 4 Oktober, Culm 5. Oktober, Soldau 11. Oktober, Löbau 12. Oktober, Lautenburg 14. Oktober, Neustadt (a. d. Drewenz) 13. Oktober, Karthaus 28. Oktober, Dirschau 2. November, Konitz 9. November, Tuchel 11. November. dt.

30. September.

Graudenz (Grudziądz).

* **Ministerbesuch.** Innenminister Składkowski weilte vorgestern in Graudenz. Gegen 2 Uhr speiste der Minister in Gesellschaft des Herrn Wojewoden aus Thorn und des Chefs des wojewodschaftlichen Sicherheitsdepartements, Herrn Paczkowski, im Hotel Königlicher Hof zu Mittag. Um 7 Uhr abends stattete er mit seiner Begleitung, sowie den Herren Vizepräsident Krobski und Kreisarzt Dr. Lachowski dem städtischen Schlachthofe einen Besuch ab. Später besichtigte der Minister einige Hotels, um sich von den dort herrschenden Verhältnissen in bezug auf Ordnung und Sauberkeit zu überzeugen. Es wurde alles in bester Verfassung angetroffen. Nach Einnahme des Abendessens und Nachtruhe im Königlichen Hof begab sich der Innenminister auf die Weiterreise nach der Küste. *

* **Das seltene Fest der goldenen Hochzeit** konnte am gestrigen Donnerstag der Kaufmann Adolf Domke begehen. *

* **Öffentliche Ausschreibung.** Wie schon s. Z. mitgeteilt, verpachtet der Magistrat der Stadt Graudenz an den Meistbietenden die am Bahnhof gelegene Dampfschneidemühle. Offerten sind bis zum 8. Oktober im Rathaus II, Zimmer 4, einzureichen. Der Magistrat behält sich das Recht der Auswahl unter den drei Meistbietenden vor. *

pr. **Der Mittwoch-Wochenmarkt,** der letzte Markt vor dem Monatsersten war nur schwach beschickt und besucht. Butter hatte den Preis von 2,80—3,00 zł pro Pfund, Eier 3,00—3,10 pro Mandel. Der Gemüsemarkt brachte viel schönen Blumenkohl, den Kopf zu 0,10—0,80, Weißkohl kostete 0,05—0,10, Rotkohl 0,10—0,15, grüne Bohnen 0,30 bis 0,40, Wachsbohnen 0,40—0,60 Spinat 0,40—0,50, Zwiebeln 0,20—0,30, Mohrrüben 0,10, Rote Rüben 0,10—0,15 pro Pfund, ein Suppenbündchen 0,10—0,20 und Meerrettich 0,10 bis 0,20 pro Bündchen. An Pilzen gab es Pfefferlinge zu 0,30—0,40 und Reizker zu 0,60—0,80 pro Liter. Der Fischmarkt brachte Schleie zu 1,80—2,50, Hechte 1,40—1,80, Bressen 1,60, Karauschen 0,80—1,40, Barsche 0,60—1,00 und Plötze 0,35—0,80 pro Pfund und Krebse zu 0,25—0,35 pro Stück. Auf dem Obstmarkt kosteten Birnen 0,40—0,60, Äpfel 0,20 bis 0,50, Pflaumen 0,40—0,60 und Tomaten 0,30—0,40 pro Pfund. *

* **Ein Unfall** ereignete sich in der Festungsstraße. Dort fuhr die Straße bergan ein mit drei Soldaten besetztes Militärfuhrwerk. Plötzlich stieß der Wagen an einen aus dem Trottoir hervorragenden Stein, und zwar so heftig, daß das Gefährt umkippte und alle drei Insassen aufs Pflaster fielen. Einer der Soldaten erlitt erhebliche Verletzungen und verlor für eine Weile die Besinnung. Man brachte ihn sofort in die Kaserne, wo ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde. *

Vereine, Veranstaltungen &c.

Das Dresdener Streichquartett, das am Freitag, den 7. Oktober, bei einem Kriedte-Konzert im Gemeindehause spielen wird, hat in allen Ländern und größeren Städten seinen Siegeszug gehalten. Von den vielen begeisterten Kritiken bringen wir nachstehend einige Auszüge: München: „Einen so reinen und ungeteilten künstlerischen Genuß, wie ihn dieser Abend bot, erlebt man nur selten. Wie die vier Künstler gestalteten, ist über jedes Lob erhaben.“ Berlin: „Es wurde mit einem Schwung und Feuer der Begeisterung gespielt, die zündeten.“ Wien: „Die Künstler spielten sich in die vorderste Reihe deutscher Kammermusikvereinigungen.“ Das Konzert wird danach eine außergewöhnliche musikalische Darbietung bringen. Der Billettverkauf findet nur in der das Konzert veranstaltenden Buchhandlung Arnold Kriedte, Mickiewicza 3, statt. (12385 *

Thorn (Toruń).

t **Ministerbesuch.** Der Landwirtschaftsminister Niezabytowski traf am Donnerstag in Thorn ein zum Besuch der Staatlichen Forstdirektion und der Pommerellischen Landwirtschaftskammer. Mittags fand im Artushof ein Essen statt. * *

t **Ein Neubau,** und zwar eine geräumige einstöckige Villa mit Vorgarten entstand in diesem Jahre in der südlichen Ecke der tiefliegenden Anlagen an der Friedrichstraße. Das Haus, das jetzt völlig abgeputzt dasteht, macht einen netten Eindruck und gereicht der Straße zur Verschönerung, da es den Blick auf einen Teil der völlig verwilderten Anlagen verhindert. * *

t **Durch rücksichtsloses Benehmen** gegenüber dem Publikum fällt ein Teil der Fortbildungsschüler auf, die allabendlich um 8 Uhr aus der Mittelschule (gegenüber der Garnisonkirche) kommen. Lebhaft gestikulierend, sich raufend und jagend begeben sie sich durch die Hauptstraßen auf den Heimweg, ohne es für nötig zu halten, anderen und besonders älteren Leuten aus dem Wege zu gehen. Schulbelehrung über die elementarsten Anstandsregeln erscheint hier sehr dienlich. * *

t **„Das Schwert des Damokles“.** An der Brüstung auf dem Brückentor hängt der Regenkasten aus Zink, der das Wasser der oberen Rinnen ins Abfallrohr leitet, schon seit mehreren Monaten so schief, daß man jeden Augenblick seinen Absturz auf den darunterliegenden Bürgersteig befürchten muß. Es wäre höchste Zeit, ihn wieder ordnungsmäßig befestigen zu lassen, bevor die zu erwartenden Herbststürme ihn vollends herunterreißen, wobei Vorübergehende durch den schweren Kasten empfindlich getroffen werden könnten. — Wir erinnern daran, daß genau derselbe Kasten vor einigen Jahren schon einmal auf den Bürgersteig hinuntergestürzt war. * *

t **Durch überkochenden Teer,** den ein Dachdecker benötigte, entstand am Mittwoch vormittag in der Rosenowstraße ein Brand, zu dessen Löschung die Feuerwehr herangerufen wurde. * *

—* **Einbrecher** stahlen dem Górnosl. Tow. Weglowe Kohlen für ca. 100 zł. * *

Vereine, Veranstaltungen &c.

Modenschau. Im Saale des Artushof in Toruń findet am Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, eine Herbst- und Winter-Modenschau statt. Dieselbe wird von der Firma „Chic“, Bydgoszcz, ul. Gdańska 7, veranstaltet. U. a. werden auch schon Abend- und Balltoiletten für das Jahr 1928 gezeigt. Siehe auch Thorner Anzeigenteil. (12368 * *

* **Briesen** (Wąbrzeźno), 29. September. Mißglückter Vatermord, Selbstmörder und Brandstifter. Im Dorf Narantowitz im Kreise Briesen gab ein gewisser Michael Staron einen Revolverschuß auf seinen Vater ab, wobei er ihn am Kopfe verletzte. Hiernach steckte er des Vaters Haus in Brand und versuchte darauf, sich durch einen Revolverschuß das Leben zu nehmen. Der Zustand des Vaters ist nicht lebensgefährlich, dagegen hat der Sohn sehr schwere Verletzungen davongetragen. Ursache der Tragödie soll Familienzwist gewesen sein.

* **Gdingen** (Gdynia), 29. September. Ministerbesuch. Im Zusammenhang mit den vorbereitenden Arbeiten des Gdinger Ausbaukomitees beim Ministerrat weilt zurzeit in Gdingen der Industrie- und Handelsminister Kwiatkowski, der u. a. auch eine Fahrt nach Hela und Heisterneſt unternimmt. Am 1. Oktober kehrt Minister Kwiatkowski wieder nach Warschau zurück. — Hier fand eine stark besuchte Versammlung der Fischer statt, die gegen die von der Regierung geplanten Grundstücksenteignungen Verwahrung einlegten.

d **Skurcz** (Kr. Stargard), 29. September. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht zum 27. September drangen Diebe nach vorherigem Eindrücken der Fensterscheiben in das Schuhwarengeschäft des Herrn Kulik ein und stahlen eine große Menge Schuhwaren. Der Schaden beläuft sich auf 500 zł. Die Täter sind bis jetzt noch nicht ermittelt worden.

d **Stargard** (Starogard), 29. September. Schlägerei. In der letzten Nacht kam es in der Konitzerstraße zu einer rohen Schlägerei zwischen mehreren Betrunkenen. Die „Kämpfer“ verließen das Schlachtfeld mit vielen Wunden, da auch Messer im Gebrauch waren. — Unglücksfall. Ein Landwirt aus der Umgegend erlitt auf der Heimfahrt in der Nähe der Stadt einen Unglücksfall, bei dem er erhebliche Quetschungen davontrug. Da etwas beim Geschirr in Unordnung geraten war, stieg er vom Wagen, um den Fehler zu beseitigen. In dem Augenblick sauste ein Auto vorbei, die Pferde wurden scheu, rissen den Mann zu Boden, und der schwere Wagen ging ihm über die Beine. Die Verletzungen sind schwer, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau** (Warszawa), 29. September. Explosion auf dem Flugplatz. Auf dem Flugplatz der zivilen Fluglinie „Aerolot“ erfolgte eine furchtbare Benzinexplosion, der der 19jährige Arbeitsbursche Roman zum Opfer fiel. Roman war damit beschäftigt, das unter dem großen Benzinbassin angesammelte Wasser auszupumpen, das sich 4 Meter unter der Erde befindet. Er wollte wahrscheinlich nachsehen, ob noch viel Wasser sich unter dem Bassin befindet und brannte ein Zündholz an. Plötzlich erfolgte eine

Thorn.

Explosion und Roman stand über und über in Flammen. Er wurde in hoffnungslosem Zustande nach einem Krankenhaus gebracht. In dem Bassin befanden sich gegen 50 000 Liter Benzin.

* **Czernowitz**, 29. September. Acht Kilometer im Schlafe gewandelt. Im Dorfe Cusol bei Czernowitz lebt ein junger Mann, namens Vagile Pantea. Von dem Licht des Mondes angelockt, erhob sich der Bursche im Schlaf, überschritt, ohne es zu bemerken, den Bistritzfluß, der infolge der Dürre fast ausgetrocknet war, dann schlug er die Richtung auf den Ousolberg ein, dessen Spitze infolge der Steilheit selbst von den Touristen gemieden wird. Der Bursche erreichte mühelos die Bergspitze. Als er den Bergabhang weitergehen wollte, traf er Hirten, die ihn aufweckten. Da stellte es sich denn heraus, daß der Bursche im Schlaf acht Kilometer gewandelt, ohne das Wasser zu bemerken, durch das er ging, noch den Berg, den er bestieg.

Polnisch-Oberschlesien.

* **Kattowitz** (Katowice), 29. September. 140 000 zł mit einem falschen Scheck abgehoben. Am 26. d. M. wurden in der hiesigen Abteilung der Postsparkasse mit Hilfe eines falschen Schecks 140 000 zł abgehoben. Eine energische Untersuchung wurde eingeleitet.

Wirtschaftskrisen.

Von Diplomkaufmann **Erich Lungwitz.**

Der Geschäftsmann steht von Zeit zu Zeit einer Lage gegenüber, die ihm als „Krise" bekannt ist, aber überraschend und anscheinend gewaltsam über ihn kommt. Er sucht die Ursache der Schäden, die ihn treffen (Verluste an Außenständen, sinkende Preise, Verluste an Waren, mangelnder Warenabsatz) und findet sie in einem auffallenden Ereignis, einem Bank- oder Börsenkrach, einer Währungsverschlechterung, einer Naturkatastrophe (Mißernte, Überschwemmungen) u. a., aber er hofft, daß wieder „gute Zeiten" kommen, er arbeitet auf kommende Besserung hin. Der Wirtschaftswissenschaftler sieht ebenfalls dieses Auf und Ab, diesen Wechsel von „guten" und „schlechten" Zeiten, aber er begnügt sich nicht mit der Tatsache, er sucht vielmehr das diesen Erscheinungen zugrunde liegende Gesetz zu erfassen. Gewiß muß er sich bescheiden, wenn höhere Gewalt das Wirtschaftsleben bestimmt, wenn die erwähnten Naturkatastrophen, wenn Kriege oder Umsturz das wirtschaftliche Getriebe stören; aber schon die Tatsache, daß auf gute Konjunktur immer wieder Krisenzeiten folgen, sagt ihm, daß hier Krankheitserscheinungen vorliegen, denen er nachgehen muß, wenn er sich wirklich als Arzt der Wirtschaft fühlt.

So hat denn das Problem der Wirtschaftskrisen von jeher die Volkswirtschaftler beschäftigt, ist es doch die Probe aufs Exempel in jedem System, mit deren Hilfe man die herrschende Wirtschaftsordnung erklären, verteidigen oder kritisieren und beseitigen will. Es galt zunächst, die Krisen statistisch zu erfassen, die Jahre festzulegen, in denen ein Hochstand oder ein Tiefstand der Wirtschaft erreicht war. Hier ergab sich die erste Schwierigkeit, weil brauchbares wirtschaftsstatistisches Material erst seit der jüngsten Vergangenheit vorlag. Man muß sich notgedrungen damit begnügen, etwa ein halbes Jahrhundert zurückzugehen. Fünfzig Jahre sind, geschichtlich betrachtet, keine langer Zeitraum. Die letzten fünfzig Jahre bedeuten aber für die neuere Wirtschaftsgeschichte sehr viel. Denn in dieses halbe Jahrhundert fällt die schnelle industrielle Aufwärtsentwicklung der Welt, fällt überhaupt erst die vollkommene Ausbildung der heute bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit Massenproduktion, Fabrikbetrieb, Weltmarkterschließung durch Weltverkehr, Kreditwirtschaft, kurzum der Riesenorganisation, der alle zivilisierten Länder umspannenden Weltwirtschaft.

Einer der ersten Versuche zur Lösung des Konjunktur- und Krisenproblems brachte die Perioden des Auf- und Abstiegs mit den Sonnenflecken in Zusammenhang. Die periodisch alle 10 bis 12 Jahre auftretenden Sonnenflecken beeinflussen zweifellos die allgemeine Wetterlage, was von Bedeutung für die Ernten ist. Der Ernteausfall sollte nun die schweren Erschütterungen hervorrufen, von denen die Weltwirtschaft dann und wann heimgesucht wird. Doch erwies sich die Theorie in dieser Zuspitzung später als unhaltbar; einmal wird durch den Ausgleich der Ernten aus klimatisch verschiedenen Gebieten eine gewisse Stabilität in die Getreideversorgung der Welt gebracht, zum andern stieg die Bedeutung von Industrie und Handel immer stärker, als die der Landwirtschaft, und schließlich stimmte die angegebene Zeitspanne auf die Dauer gar nicht.

Eingehende neuere Forschungen haben nun gezeigt, daß die Perioden in einzelnen Ländern verschieden lang sind, und man muß für die Vereinigten Staaten von Amerika mit durchschnittlich vier Jahren, für Deutschland mit fünf Jahren, England mit fast sechs Jahren rechnen, während der Höchstwert in China und Italien bei 6,4 Jahren liegt. Diese Werte sind Durchschnittswerte, ihre Bedeutung gilt nicht für jedesmal und nur für die Vergangenheit; für die Zukunft werden die Zahlen kleiner werden, denn es hat sich gezeigt, daß die Perioden immer kürzer werden.

Unabhängig davon, wie lange eine Periode währt, ist in ihr ein vollkommener Konjunkturablauf enthalten, der etwa folgende Stadien durchläuft: Ausgehend von einer Zeit ruhigen Geschäftsganges beginnt der Aufschwung; Verbrauch und Erzeugung nehmen an Umfang zu, Preise, Löhne, Gewinne steigen, die Arbeitslosigkeit ist gering. Neue Unternehmungen werden gegründet, alte vergrößert; das bedeutet einen starken Kapitalbedarf, der die Zinssätze hochtreibt. Die Aktien industrieller Unternehmungen versprechen gute Dividende, die Kurse steigen, dagegen sinken die Kurse der festverzinslichen Werte (Anleihen, Obligationen). Die Geldlage wird immer angespannter, alle Mittel sind in Geschäfte hineingesteckt, ein geringfügiges Ereignis bringt das überlastete Kreditgebäude zum Einsturz: Stockungen in einer Industrie, Bankkrach, Börsenspekulation oder anderes. Kursstürze sind am Aktienmarkt meist schon vorher als Warnungszeichen eingetreten, können aber hier noch größeren Umfang annehmen. Zahlreiche Zusammenbrüche schädigen weite Kreise, Waren sind nur zu gedrückten Preisen zu verkaufen, die Arbeitslosigkeit steigt wieder an; das Geld wird aus den Geschäften zurückgezogen und verursacht die anscheinend paradoxe Flüssigkeit des Geldmarktes in Krisenzeiten. Erst wenn die Krisenschäden in einer langen Depressionszeit ausgeheilt sind, tritt wieder eine Besserung der Wirtschaftslage ein, es wird wieder auf die kommende Belebung hingearbeitet, der Vorgang des Aufstiegs beginnt von neuem, bis er seinerseits wieder durch die Krise beendet wird.

Die Tatsache, daß diese Konjunkturschwankungen mit ihren schädlichen Folgen immer wiederkehren, hat zu starker Kritik der bestehenden Wirtschaftsordnung Anlaß gegeben, insbesondere sahen die Sozialisten hier einen Hauptangriffspunkt gegen das kapitalistische System. Karl Marx setzte mit seiner Akkumulationstheorie ein. Er begründete den periodischen Konjunkturzusammenbruch mit der mangelnden Kaufkraft der Massen, die angeblich dadurch entstanden sei, daß sich die Unternehmer einen ungerechtfertigt großen Teil vom Produktionsertrag aneigneten und zur Produktion neuer Güter verwendeten, für die mangels Konsumkraft der Massen kein Absatz vorhanden sei. Wie nun der Wiederaufstieg eigentlich bewerkstelligt werden kann, ist bei Marx nicht recht klar — Rosa Luxemburg hat ihn erklärt durch die Gewinnung und Eroberung neuer Absatzgebiete. Jedenfalls haben beide Theorien das Kernproblem ganz richtig erfaßt, daß die Erzeugung von Waren zeitweise größer ist als der Absatz. Auf diese Erscheinung hat der schwedische Volkswirtschaftler Professor Cassel wiederholt hingewiesen und für ihre Entstehung eine allzu starke Herstellung von Produktionsmitteln (Maschinen, Bahnen, Schiffe, Fabriken) verantwortlich gemacht. Cassel geht von der psychologisch zutreffenden Einstellung der meisten Unternehmer aus, die immer auf bessere Zeiten, auf Konjunkturbelebung hoffen und sich mit ihren Anlagen darauf vorbereiten. Durch derartige Betriebsvergrößerungen bekommen die Rohstoffindustrien (Stahl, Kohle, Baustoffe, Halbzeug) ihrerseits den Antrieb zu Vergrößerungen. Dieser erweiterte Produktionsapparat liegt dann nach Befriedigung des Bedarfs an Maschinen usw. zum Teil unbeschäftigt; die Hoffnungen, die allgemein bestanden, haben sich nicht erfüllt, weil überall zuviel produziert und das Kapital in Anlagen festgelegt wurde; erst langsam bilden sich wieder flüssige Mittel in Form von Sparkapital, das die Wirtschaft belebt. Daß aber auch das Sparen — volkswirtschaftlich genommen — zur Krisenbildung beiträgt, haben neuerdings amerikanische Wissenschaftler bewiesen. Sparkapital findet Verwendung zu erweiterter Produktion — wer soll aber Käufer sein, wenn überall gespart wird? So betrachtet, wäre das Beste für eine Volkswirtschaft, wenn alle Einkünfte sogleich durch Konsum von Waren wieder in das Wirtschaftsleben geleitet würden. Leider läßt die Notwendigkeit des einzelnen, sich durch Ersparnisse sicher zu stellen, diese Durchführung des Grundsatzes „leben und leben lassen" nicht zu.

Eine Möglichkeit, die Wirtschaftskrisen zu mildern, besteht nach wie vor in vorsichtiger Marktbeurteilung durch die Wirtschaftskreise, in zielbewußter Arbeit der Verbände und Kartelle, auch der Trusts, die eine Übersicht über große Gebiete haben, und in gleich zielbewußter Kreditpolitik der Banken. Die neuerdings auch in Deutschland nach amerikanischem Vorbild eingeführte Untersuchung der jeweiligen Wirtschaftslage durch Konjunkturforschung ist ein weiterer Schritt zur Beruhigung der auf- und abgehenden Bewegung im Geschäftsleben.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf die „Deutsche Rundschau" beziehen zu wollen.

Graudenz.

Der Griechenmüller.

Zum 100. Todestage am 1. Oktober 1927.

Von Prof. Dr. C. Fries.

(Nachdruck verboten.)

„Das Wandern ist des Müllers Lust, das Wandern!" Wem verdanken wir das frohe Lied? Franz Schubert natürlich. Ja, gewiß, die süße Melodie. Aber die nicht minder holden Worte? Wilhelm Müller! Der heute vor 100 Jahren starb, und noch auf aller Lippen lebt! „Ich hört' ein Bächlein rauschen." „Was ist also gemeint?" „Hätt' ich tausend Arme zu rühren." „Ich frage keine Blume." „Ich schnitt es gern in alle Rinden ein." „Guten Morgen, schöne Müllerin." „Schad' um das schöne, grüne Band." „Ich möchte ziehen in die Welt hinaus." „Ihr Blümlein alle." „Die Fenster auf, die Herzen auf!" „Im Krug zum grünen Kranze." Wer kennt sie nicht, all die frohgemuten Lieder, und schöpft sich Jugend aus ihnen?

Zu Dessau, als guter Bürger Kind, wurde Wilhelm Müller am 7 .Oktober 1794 geboren, er hat meistens in Dessau gelebt und ist auch dort, heute vor 100 Jahren, im 33. Jahre, sanft entschlafen. Fünf Geschwister waren ihm vorangegangen, und er wurde von den verängstigten Eltern besonders zärtlich gehegt. Mit 14 Jahren hatte er eine Gedichtsammlung geschrieben, mit 18 Jahren zog er auf die Universität Berlin und studierte bei Friedrich August Wolf und August Böckh Philologie. 1813 kämpfte er bei Lützen, Bautzen, Hanau und Kulm tapfer mit. Dann ergab er sich den Musen. 1816 erschien eine „Blumenlese aus den Minnesängern". In Berlin stellte Graf Kalkreuth den jungen, blondgelockten, schüchternen Poeten dem berühmten Fouqué vor, bald verkehrte er bei Tiedge und Elisabeth von der Recke. 1818 erschien Marlowes „Faust", deutsch von Wilhelm Müller, mit Einleitung von Achim von Arnim. Die Akademie vermittelte ihm den Auftrag, mit dem Grafen Sack nach Ägypten zu reisen, aber in Rom trennten sich die Weggenossen und Müller blieb an Rom und Neapel haften. „Rom, Römer, Römerinnen" war die schöne Frucht der Fahrt. Bald finden wir ihn wieder als Gymnasiallehrer und Assistenten an der herzoglichen Bibliothek zu Dessau. 1820 heiratete er Adelheid, die Tochter des Präsidenten von Basedow, des großen Pädagogen Enkelin, ein munteres Mädchen. Bei einem Besuch in Weimar, an des Olympiers Geburtstag ,sagte sie diesem auf eine Frage nach ihrer Familie lachend, sie sei die Enkelin des Propheten rechts oder links, was er lachend verstand. 1824 wurde Müller Hofrat und damit hoffähig! Das Haus in der Bibliothek wurde der geistige Mittelpunkt Dessaus. Es erschienen „Gedichte aus den hinterlassenen Papieren eines Waldhornisten" und 1821 die ersten „Griechenlieder" im Anschluß an die griechische Befreiung. Es war eigentlich ein wenig raffiniert, hier als Philhellene zu erscheinen, während in Wahrheit ein viel näheres Land gemeint war. Müller war von der Reaktion jener Zeit ebensowenig erbaut wie sie von ihm, und er entging ihren Spionen nur mit Mühe. 1826 wohnte der leicht Erkrankte paradiesisch unter Blumen und im Grünen des „Luisiums" in Dessau, wo einst Matthissen geweilt hatte. Im Grase liegend, weinte er Tränen der Freude. Im nächsten Jahr wurde das Brustübel schlimmer, er sollte ausspannen, aber des Todes sanfte Geschosse erreichten ihn und ersparten dem Dichter lange Qual. Die griechische Regierung sandte Marmor zu einem Denkmal für den Dichter griechischer Freiheit in Dessau. Der „Kleine Hydriot" dürfte die reinste, edelste Verherrlichung von vereinigter Vater- und Vaterlandsliebe sein, die je geschrieben worden ist; ich möchte es für sein allerschönstes Gedicht halten!

Rapperswil—Warschau.

Am 1. August d. Js. ist das **polnische Nationalmuseum in Rapperswil** geschlossen worden, nachdem die Überführung der Bibliothek und der Sammlungen durch Beschluß des polnischen Parlaments nach dem wiedererstandenen Polen verfügt worden war. Wenn wir die eigenartige Gründung eines polnischen Nationalmuseums in der Schweiz verstehen wollen, müssen wir einen Blick auf die Geschichte Polens werfen.

Nachdem schon im Jahre 1795 der letzte polnische König Stanislaus August Poniatowski durch Katharina II. von Rußland entthront und auch das übriggebliebene Polen aufgeteilt worden war, gab Kaiser Alexander I. von Rußland dem Lande im Jahre 1815 eine verhältnismäßig erträgliche Verfassung. Das polnische Volk konnte sich aber nicht in die Fremdherrschaft fügen und versuchte sie nach dem Tode Alexanders I. abzuschütteln. Der Zeitpunkt schien um 1830 günstig zu sein, da damals die Julirevolution in Frankreich eine Woge der Freiheitsbewegung durch ganz Europa warf. Die Hoffnungen der Polen erfüllten sich aber nicht, und Rußland erstickte die polnische Freiheitsbewegung. Die geistige Blüte Polens wurde aus dem russisch gewordenen Teil ihres Vaterlandes vertrieben, Mitglieder des Parlaments und viele Personen aus den gebildeten Ständen mußten auswandern und zerstreuten sich im Auslande, besonders in Frankreich.

Als nun die Russen auch die Bibliotheken und wissenschaftlichen Werke Polens als Kriegsbeute nach Rußland verschleppten, da wurde die Erhaltung und Steigerung des Nationalbewußtseins von den Besten der Nation noch eifriger als vorher betrieben, und es regte sich das Verlangen nach einem Orte, von wo aus das unterdrückte Volk seine Stimme des Protestes gegen die Fremdherrschaft erheben konnte und wo gleichzeitig seine Nationaldenkmale in sicherer Hut sich befanden.

Als im Jahre 1836 bei Fontainebleau ein Denkmal für den großen Freiheitshelden Kosciuszko errichtet wurde, regte Franz Zeltner, ein gebürtiger Schweizer, Offizier der polnischen Armee und Freund und Adjutant des berühmten Freiheitskämpfers, die Gründung eines polnischen Nationalmuseums an der gleichen Stelle an. Die Anregung war aber verfrüht, denn die polnischen Emigranten hofften immer noch auf eine baldige Befreiung des Vaterlandes. Im Jahre 1863 wurde denn auch ein neuer polnischer Aufstand zur Befreiung des Landes versucht, doch auch dieser Aufstand verlief unglücklich, und neuerdings mußten viele Polen ihre Heimat verlassen.

Nun machte sich das Bedürfnis nach einem sicheren Ort zur Aufbewahrung der Kriegserinnerungen und nationalen Andenken erst recht geltend, und es fand sich in der Person von Graf Ladislaus Plater ein Mann, der der Verwirklichung dieser Idee nicht nur seine Zeit und sein Vermögen, sondern geradezu sein ganzes Leben widmete. Auf seine Anregung hin wurde im Jahre 1868 zu Ehren der Konföderation von Bar auf dem Schloßplatz in Rapperswil ein Denkmal errichtet. Dieses Denkmal ist eine Säule, die von einem auffliegenden weißen Adler, dem Sinnbild Polens, gekrönt ist, und stammt von der Hand Julius Adlers, dem später auch die Restauration des Schlosses Rapperswil anvertraut wurde. Unterstützt durch seinen Freund, den früheren Stadtpräsidenten Dr. Th. Curti, gelang es Graf Plater, einen Mietvertrag mit den Behörden von Rapperswil abzuschließen, wonach das Schloß für 99 Jahre an das polnische Nationalmuseum vermietet wurde, unter der Bedingung allerdings, daß der Mieter die Restauration des fast zur Ruine verfallenen Schlosses auf seine Kosten übernehme. Am 23. Oktober 1870 wurde das polnische Nationalmuseum eröffnet, und bei diesem Anlaß wurde es zum Eigentum des polnischen Volkes erklärt. Es sollte Polen in geschichtlicher, wissenschaftlicher, literarischer und künstlerischer Beziehung im Ausland vertreten. Aber auch wohltätige Stiftungen waren damit verbunden, und es entstanden verschiedene Stipendien, so z. B. für die polnischen Studenten. Rapperswil sollte werden und wurde mit der Zeit auch zum Mittelpunkt des polnischen Lebens im Exil.

Graf Plater setzte sich mit nie sinkendem Mut und glühendem Patriotismus für sein Werk ein, konnte es aber nicht verhindern, daß es in immer größere Schwierigkeiten geriet; denn die Ausgaben für die Restauration des Schlosses überstiegen doch alle Erwartungen, und die Hilfe von außen floß nicht in dem erwarteten Maße zu. Nach seinem Tode im Jahre 1889 gelang es nur dem tatkräftigen Eingreifen von Josef Galezowski, eines Mitgliedes des Museumsrates, der in Paris als Direktor des Crédit Foncier lebte, das Werk wieder auf die Höhe zu bringen. Es wurde ein Museumsverein gegründet, und durch Mitglieder- und freiwillige Beiträge wurden die Finanzen saniert. Verschiedene Legate erlaubten es mit der Zeit, die bei der Gründung vorgesehenen Stipendien zu gewähren, und aus den neun Stipendienfonds, die dem Museum unterstellt waren, wurden mit der Zeit über 42000 Frank verteilt. Das Polenmuseum gewann sich bald die Sympathien aller gebildeten Kreise Europas. Es liefen im Durchschnitt jährlich bis 2000 Geschenke und Gaben beim Museum ein, und die Bibliothek mehrte sich mit der Zeit auf 92000 Bände, die fast ausschließlich aus der polnischen Emigration stammen. Es kamen auch 4000 bis 5000 wertvolle alte Handschriften und über 20000 Kupferstiche von Chodowiecki, Falk, Ziarnko und vielen andern berühmten Künstlern dazu, Miniaturen-, Exlibris-, Photographien-, Münzen-, Bildersammlungen. Das Polenmuseum verwahrt als einen seiner bedeutendsten Schätze das Herz des Nationalhelden Kosciuszko, das sich in einem eigens zu seiner Aufbewahrung in ein Mausoleum umgewandelten Turm befindet. In den drei Stockwerken des aus dem 14. Jahrhundert stammenden Schlosses befinden sich die Sammlungen, angefangen von den vorgeschichtlichen Fundstücken bis zu den Andenken und Bildern aus den letzten Jahrhunderten und bis zur Jetztzeit. Das Museum stellte an sich fast eine vollständige historische Sammlung der letzten Jahrhunderte dar.

Unter den Bibliothekaren des Polenmuseums finden sich viele bedeutende Männer. Wir möchten nur den jetzigen Bibliothekar, Herrn Dr. Adam Lewak, erwähnen, der das Museum nun nach Polen verbringen soll. Sein letztes Jahr erschienenes und sehr beachtetes Werk: „Gottfried Keller und Polen" gibt über die Beziehungen des Dichters zur polnischen Freiheit Aufschluß.

Jährlich fanden in Rapperswil Sitzungen des Museumsrates statt, die zum Teil nicht nur für das Museum, sondern für ganz Polen von großer Bedeutung waren, denn es kamen hier außer den Mitgliedern des Museumsvereins auch Politiker und Journalisten zusammen, und es wurde der Grundstein zu manchem Werke gelegt, das Polen zugute kam. Rapperswil spielte eine große Rolle in der Geschichte der Wiedererstehung Polens; denn jede politische Arbeit, die während der Kriegsjahre in der Schweiz entstand und Polen betraf, konnte sich auf Materialien im Museum in Rapperswil stützen. Dieses hat nun seinen Zweck, die Idee des Polentums im Exil aufrecht zu erhalten, erfüllt; es war außer einem wissenschaftlichen Institut ein lebendiger Protest gegen die Fremdherrschaft in Polen. (Basler Nachrichten.)

Eine Aenderung des polnischen Zuckersteuergesetzes

ist auf Grund einer soeben im „Dziennik Ustaw" (Nr. 81) veröffentlichten Verordnung des Staatspräsidenten mit dem 20. September d. J. für ganz Polen in Kraft getreten. Gleichzeitig sind die bisherigen Vorschriften über die Zuckerbesteuerung (mit Ausnahme der Verordnung des Staatspräsidenten vom 10. Dezember 1926 über den außerordentlichen zehnprozentigen Zuschlag zu den indirekten und direkten Steuern, Abgaben usw., soweit es sich um die Zuckerbesteuerung handelt) aufgehoben worden. Die allgemeinen Bestimmungen der neuen Verordnung besagen, daß Rüben-, Rohr- oder anderer Zucker von gleicher chemischer Zusammensetzung, ebenso wie der vom Auslande oder der Freien Stadt Danzig importierte Zucker einer Verbrauchssteuer unterliegt. Diese Steuer muß in Höhe von 35 Zl. je 100 Kg. Nettogewicht für Zucker entrichtet werden, der im Rahmen der Kontingente in den inländischen Zuckerfabriken erzeugt wird. Für Zucker, der über diese Kontingentmenge hinaus in den freien Binnenhandel gelangt, wird eine Steuer in Höhe von 75 Zl. je 100 Kg. Nettogewicht erhoben. Die Verbrauchssteuer für Raffinade in Hüten und Würfelzucker im Karton wird vom Bruttogewicht einschl. Papier und Schnur berechnet. Die in Polen befindlichen Zuckerfabriken müssen außer der Verbrauchssteuer eine Patentabgabe von jeder Tonne ihrer Zuckerproduktion (weißen Rüben- oder Rohzucker) und ebenfalls von jeder Tonne Raffinade entrichten. Im Sinne dieses Gesetzes ist unter Rohzucker ein Erzeugnis mit 70 bzw. 88 Prozent Zuckergehalt zu verstehen. Diese Patentabgabe beträgt 0,40 Zl. je Tonne und muß vor Beginn der Kampagne von der Fabrik für 1000 To. Zucker im voraus entrichtet werden. Der Zuckerbesteuerung unterliegt nicht Zucker, der nach dem Auslande oder nach Danzig in rohem oder verarbeitetem Zustande exportiert wird, und ferner Zucker, der für die Industrie bestimmt ist, soweit es sich nicht um einen Zweig der Genußmittelindustrie handelt, ebenso Zucker in denaturiertem Zustand zur Vieh- und Bienenfütterung. Auch Zuckerproben unter 100 Gramm werden nicht versteuert. Nähere Ausführungsbestimmungen hierzu wird der Finanzminister noch erlassen. Beim Zuckerimport obliegt die Entrichtung der Zuckersteuer demjenigen, auf dessen Rechnung die Zollabfertigung erfolgt. Die Verbrauchssteuer muß beim Übergang des Zuckers in den Handel entrichtet werden. Das Reklamationsrecht verjährt innerhalb eines Jahres nach Zahlung der Steuer. Wer die Absicht hat, in einer neu erbauten oder bereits im Betrieb befindlichen Fabrik die Zuckererzeugung aufzunehmen, muß bei der zuständigen Finanzbehörde einen Lageplan und eine Beschreibung der technischen Einrichtung der Fabrik einreichen. Als Produktionszeit im Sinne dieser Verordnung gilt die Zeit vom 1. September bis 31. August des folgenden Jahres. Spätestens drei Tage vor Beginn der Produktion muß dem zuständigen Finanzamt der Termin des Produktionsbeginns, die voraussichtliche tägliche Produktionsmenge und die Zeit, in der die Raffinade bzw. der Zucker zum Abwiegen gelangt, angegeben werden. Das Abwiegen und Verpacken des Zuckers geschieht unter Aufsicht eines Finanzbeamten. Über die nähere Art der Gewichtserrechnung, netto oder brutto, wird der Finanzminister noch eine besondere Verordnung erlassen. Die bei der Fabrik oder in sonstigen Magazinen lagernden Vorräte unterstehen der Kontrolle der Finanzbehörde. Der Transport von steuerpflichtigem Zucker darf von einer Fabrik zur anderen oder von einem Lager zu einer Fabrik zwecks Weiterverarbeitung usw. nur nach vorheriger Entrichtung der Verbrauchssteuer bzw. genehmigter Stundung erfolgen. Die Zuckerfabriken haben Kontrollbücher zu führen, und zwar über die gewogenen Zuckermengen, über Zucker, der aus anderen Fabriken oder freien Magazinen stammt, ferner über die Rohfabrikation und endlich über die der Fabrik gewährten Steuerkredite. Großhandelsunternehmen oder solche, die sich mit der Weiterverarbeitung von Zucker befassen, haben für Nachweise über die Erstehung des in ihrem Besitz befindlichen Zuckers, die jederzeit von der Finanzbehörde angefordert werden können, Sorge zu tragen. Der Aufsicht der Behörde unterstehen auch alle Betriebsräume für den Zuckergroßhandel oder die industrielle Weiterverarbeitung. Verstöße gegen diese Verordnung, insbesondere unangemeldete Zuckerproduktion, Verheimlichung von Vorräten usw., sind mit schweren Strafen bedroht.

Verzweifelte Aussichten

für den englischen Kohlenbergbau.

Das Problem der britischen Kohlenindustrie ist eines der schwerwiegendsten und gefährlichsten, mit denen man sich in England zu beschäftigen hat. Alle Versuche, eine Lösung zu finden, sind bisher fehlgeschlagen, oder man mußte sie sofort als undurchführbar zurückweisen. Der letzte Kohlenstreik hat England auch nicht einen Schritt weitergebracht. Man hat daher mit besonderer Spannung dem Bericht entgegengesehen, welchen das Institut für Wirtschaftsfragen, das von der Carnegie-Kommission gegründet wurde, nach gründlicher Untersuchung der einschlägigen Fragen veröffentlicht hat. Er ist durchaus pessimistisch. Der Bericht sagt, die Nachfrage nach Kohle sei außerordentlich zurückgegangen. Die intensive Förderung von Kohle in allen Ländern, die früher von Großbritannien kauften, und die Konkurrenz anderer Heizmittel, wie z. B. Petroleum, und die durch Wasserkraft erzeugte Elektrizität, sowie die verschiedenen Sparprozesse bei der Verbrennung von Kohle hätten eine Situation geschaffen, die es einfach unmöglich machte, daß über eine Million britischer Grubenarbeiter in dreitausend britischen Gruben Kohlen förderten. Die Kommission sagt, es gäbe keinen anderen Ausweg aus der Schwierigkeit, als einen guten Teil der Gruben zu schließen, und die größeren, in denen der Betrieb vorteilhaft sein könnte, so zu modernisieren, daß die Kosten der Förderung um mindestens drei bis vier Schilling pro Tonne heruntergehen würden. Das würde bedeuten, daß mindestens 200000 Grubenarbeiter das Brot verlieren würden, aber anders werde sich das Problem nicht lösen lassen.

Jacobus der Fischer.

Skizze von Franz Carl Endres.

Er wohnt neben mir, mein alter Freund, Jacob Bergleitner. In einem kleinen Haus am See. Dort schreibt er seine Novellen. Nicht mehr als notwendig ist, das heißt, nicht mehr als es ihn zu schreiben drängt.

Er lebt bescheiden und zufrieden. Wir sind sehr viel beisammen. Wir haben beide die gleiche Leidenschaft: die Fischerei, haben beide den gleichen Beruf, und unsere Frauen sind Schwestern.

Aber nur er hat den Ehrenspitznamen „Jacobus der Fischer". Niemand nennt ihn anders. Ja, ich glaube, daß im Dorfe niemand seinen Familiennamen kennt. Auch seine Frau nennen sie Frau Jacobus.

Das kommt nun nicht etwa daher, daß er beim Fischen mehr fängt als ich. Keineswegs! Ich halte den Wettbewerb mit ihm gewiß aus. Es muß irgend einen Grund haben, der im Empfinden der Dorfbewohner liegt, die seine Fischerei als inniger zu seinem Wesen gehörig betrachten als die meine. Oder vielleicht ist es die Geschichte seiner Heirat?

Wir lebten damals erst seit einem Jahre am See und führten unser fröhliches Junggesellendasein in dem Hause, das heute von ihm und seiner Frau bewohnt wird.

Wir schrieben wenig. Ließen uns desto mehr den Wein schmecken, der von der italienischen Grenze nur eine halbe Stunde Wegs zu uns hat, und lagen fast den ganzen Tag auf dem Wasser.

An einem Ostersonntag waren viele Fremde im Dorfe angekommen, und alle Schiffe Giacomo Ferris, des Bootsvermieters, schaukelten besetzt auf dem See. Mittags zog ein Gewitter auf, so überraschend, wie das eben nur mitten in den Bergen möglich ist. Wie scheue Vögel flatterten die Boote in den kleinen Hafen, an dem wir beide standen und uns mit Giacomo Ferri unterhielten.

Ein scharfer Nordwest furchte den See. Die Ausflügler flüchteten vom Ufer in das große Hotel. Blitz und Donner folgte ihnen nach.

„Ein Boot ist noch außen", sagte Giacomo. „Die kommen nicht mehr heim."

Jacobus ergriff mich am Arm. „Vorwärts, wir wollen das Boot suchen."

Wir liefen nach Hause und stellten das große Fernrohr auf, das uns gewöhnlich zu astronomischen Liebhabereien diente.

Jacobus suchte den See ab.

Einstweilen war der Sturm noch gewachsen. Er peitschte die Wellen hoch, und der Regen fiel so dicht, daß man mit dem Fernrohre nichts sehen konnte.

Da hörten wir einen Ruf. Ganz schwach klang der, aber eindringlich genug.

„Wir müssen 'raus", sagte Jacobus, „aber Schwimmhose!"

Und wir stiegen, eines Frühlingsbades gewärtig, in unseren Fischerkahn. Das war eine Fahrt! Ich denke heute noch daran. Die Wellen gingen zimmerhoch, der Regen prasselte, der Sturm pfiff, und Blitz auf Blitz fuhr, gefolgt von harten Donnerschlägen, in den See.

„Wunderbar," sagte Jacobus.

Wir glaubten das Rufen im Südwesten gehört zu haben und nahmen Richtung dorthin.

„Da! Da!" schrie Jacobus. „Es hat umgeschlagen."

Ein leichtes Boot tanzte kieloben an uns vorbei.

„Zu spät", sagte ich erschüttert.

„Halt' dich scharf an mich," rief Jacobus, und bevor ich noch wußte, was er wollte, stürzte er sich kopfüber in die brausende Flut. Er tauchte auf und schleppte an langen blonden Haaren ein Mädchen mit sich.

Wie wir die Bewußtlose in den Kahn brachten, ist mir heute noch ein Rätsel. Ich ruderte heimwärts. Jacobus kniete am Boden und machte Wiederbelebungsversuche.

Wir setzten die Versuche noch eine ganze Weile am Ufer fort, und endlich, endlich schlug das Mädchen die Augen auf.

Jacobus war verrückt vor Freude. Er lachte und weinte und tanzte im Kreise um die Gerettete.

„Das war mein bester Fang", sagte er immer wieder, als Ellen Watson schon im oberen Stübchen im Fremdenbette lag und heißen Tee trank. Er pflegte sie, als hätte er das gelernt, und verliebte sich lichterloh in die hübsche Irländerin.

Nach einigen Tagen stand sie plötzlich reisefertig vor uns. Und lächelte verschmitzt.

Jacobus starrte sie entsetzt an. „Sie wollen fort, Miß Ellen?"

„Einmal muß es wohl sein", antwortete sie.

„Es muß gar nicht sein", rief Jacobus heftig. „Ganz und gar nicht. Warum muß es sein?"

„Was soll ich hier tun?" meinte Ellen.

„Natürlich mich heiraten", erwiderte Jacobus und in so komischem Tone, daß Ellen und ich hell auflachten.

Aber Ellen wurde gleich sehr ernst. „Aus Dankbarkeit?" fragte sie. „Gut, ich bin bereit."

Da gab ihr Jacobus die Hand. „Leben Sie wohl, Miß Ellen, so war es nicht gemeint."

Es dauerte vierzehn Tage, bis Ellen ihn überzeugen konnte, daß sie ihn nicht aus Dankbarkeit, sondern aus Liebe heiraten wolle.

Dann war sehr bald Hochzeit. —

Übers Jahr kam Ellens Schwester, um das junge Paar zu besuchen.

Sie gefiel mir sehr gut.

„Ich warte auf ein Gewitter", sagte ich ihr einmal. — Sie blickte mich fragend an. — „Ja, ich warte mit Sehnsucht darauf!" wiederholte ich. „Ich wünschte, Sie würden dann mit einem Kahn in den See . . ."

„Ach, Sie meinen wegen der Dankbarkeit", unterbrach sie mich, „glauben Sie, daß es ohne Dankbarkeit nicht gelingt?"

Wie habe ich das Mädel da geküßt!

Aber Jacobus hat eben doch seine Frau aus dem See gefischt und deshalb heißt er mit vollem Recht „Jacobus der Fischer".

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsquittung beiliegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache" anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

R. O. Cz. Fordern Sie zunächst den Schuldner auf, die Schuld zu begleichen und im Weigerungsfalle beantragen Sie gerichtliche Aufwertung beim zuständigen Sąd powiatowy. Die 12 000 Mark waren aber nur 6000 Zł. wert.

E. H. 27. Wenn Sie nicht, was wir nicht wissen können, was uns aber unwahrscheinlich erscheint, persönliche Schuldnerin sind, sind Sie nur für $18^3/_4$ Prozent der Schuld haftbar.

Waldemar W. F. Nach Ihrer jetzt gegebenen Darstellung ergibt sich von der Sache ein ganz anderes Bild. Der Vater der gefallenen Brüder scheidet als Erbe überhaupt aus, da der eine der gefallenen Brüder direkte Nachkommen hinterlassen hat, die mit ihrer Mutter die Wirtschaft erbten. Die weiteren Veränderungen im Besitz sind nicht durch Verkauf, sondern durch Erbregulierung entstanden. Wir sind der Ansicht, daß die Forderung von 50 Prozent seitens der Gläubiger berechtigt ist; selbst wenn Sie nicht persönlicher Schuldner wären, was uns noch zweifelhaft erscheint, so sind es Ihre Kinder, für die Sie nach Lage der Dinge wohl aufzukommen hätten. Diese Kinder sind aber zurzeit noch zu drei Vierteln im Grundbuch als Besitzer eingetragen.

Hinz. 1. Wenn der oberhalb liegende Besitzer das Wasser von seinem Grundstück nicht anders abführen kann, können Sie ihm die Vorflut nicht verweigern, es sei denn, es besteht für Sie keine Möglichkeit, das aufgenommene Wasser weiter abzuleiten. Unter gewissen Umständen ist auch in solchem Falle die Vorflut zu gewähren, wenn der obere Besitzer den Schaden vollständig bezahlt. Ist die Anlegung eines Grabens erforderlich, so müssen diejenigen, die davon Nutzen haben, nach dem Verhältnis dieses Nutzens die Kosten der Anlage tragen. Wenn Sie selbst keinen Nutzen davon haben, brauchen Sie weder zu den Anlage-, noch zu den Unterhaltungskosten etwas beizutragen; es muß Ihnen vielmehr der gesamte Schaden, und zwar auch den durch die Ziehung des Grabens verlorengegangenen Grund und Boden, ersetzt werden auf Grund einer Abschätzung vereidigter Sachverständiger. 2. Aufwertung 15 Prozent = 370,35 Zł. Dazu kommen die Zinsen zu 5 Prozent von der aufgewerteten Summe von 1920 an, d. h. für acht Jahre (bis 31. 12. 27), im Gesamtbetrage von 148 Zł. Das Kapital wird fällig nach ordnungsmäßiger Kündigung.

Bromberg 5. Ihre Tochter ist zur Rückgabe der Geschenke verpflichtet. Eine Verjährung der bezüglichen Ansprüche der Gegenseite erfolgt erst in zwei Jahren von der Auflösung des Verlöbnisses an.

Emma Nr. 8. 1. Aus den uns übersandten Papieren ist leider ein ganz klares Bild über die Frage nicht zu gewinnen. Zunächst wissen wir, obgleich der Zahlungsbefehl als Nachtrag bezeichnet ist, nicht, ob eine Steuer von Immobilien für die angegebene Zeit bereits gezahlt worden ist, und in welcher Höhe. In der kurzen erläuternden Notiz der Steuerbehörde heißt es, daß diese Steuerfrage erledigt worden ist auf Grund des Rundschreibens Nr. 84 der Pomorska Izba Skarbowa (das wir leider nicht kennen); bisher sei das Grundstück als unter das Mieterschutzgesetz fallend behandelt worden, es müsse aber als solches behandelt werden, das nicht unter das Mieterschutzgesetz falle. Nun kann die steuerliche Behandlung des Grundstücks auf der neuen Grundlage nicht gut eine große Differenz zur Folge haben, denn der einzige Unterschied ist der, daß in ersterem Falle, d. h. wenn das Grundstück als dem Mieterschutzgesetz unterliegend angesehen wird, als Grundlage für die Steuer angenommen wird die Mietssumme nach Abzug der in den Art. 7 und 8 des Mieterschutzgesetzes bezeichneten Nebengebühren, während anderenfalls der volle Mietswert ohne irgend welchen Abzug zugrunde zu legen ist. (§ 3 der Verordnung vom 17. Juni 1924 — „Dz. Ust." Nr. 51, Pos. 523.) Unklar sind uns auch in der Steuertabelle die Unterschiede des angenommenen Mietswertes in den einzelnen Quartalen. Für das 2. Quartal 1924 ist die niedrige Summe verständlich, da das fragliche Gesetz erst vom 1. Juni 1924 ab Geltung hatte, aber die anderen Differenzen der Quartalsbeträge sind uns, da es sich doch immer um dasselbe Grundstück handelt, unverständlich. Die angegebenen steuerlichen Prozentsätze sind richtig, da durch das Gesetz vom 1. April 1925 („Dz. Ust." Nr. 43, Pos. 296) die Sätze für die Jahre 1925—1928 auf 12, resp. 10, resp. 8, resp. 7 Prozent herabgesetzt worden sind. Diese Prozente gelten für beide oben bezeichneten Arten von Immobilien. Wir halten es für zweckmäßig, daß Sie zur Aufklärung der ganzen Frage gegen die Zahlungsaufforderung Einspruch erhoben haben. 2. In Sachen des Speichers stehen wir ganz auf Ihrem Standpunkt, daß eine Registrierungskarte hier nicht erforderlich ist, da das Gesetz solche nur erfordert für Lager (sklady), die „poza obrębem zakladu handlowego", d. h. außerhalb des Bereichs der Geschäftsanlage liegen. Die Auffassung, daß ein Speicher, der auf demselben Grundstück wie das Geschäftshaus liegt und mit diesem verbunden ist, als „außerhalb der Handelsanlage" stehend anzusehen ist, scheint uns mit dem Art. 22, Abs. 2 des Gewerbesteuergesetzes vom 15. Juli 1925 unvereinbar.

R. Z. 99. 1. Die Aufwertung der Schuldscheinsumme beträgt 10 Prozent; die Einzelbeträge sind: Für die 1500 Mark 185,18 Zł., für die 500 Mark 4,50 Zł., für die zwei Beträge von je 1000 Mark je 9,10 Zł., und für die 2000 Mark 16,60 Zł. 2. Eine lebenslängliche Rente gibt es nur in dem Falle, daß der Gläubiger bei Zuerkennung der Vorzugsrente oder während des Bezugs der Vorzugsrente das 60. Lebensjahr vollendet hat. Die Vorzugsrente beträgt, wenn der Gläubiger auf das Auslosungsrecht verzichtet, 105 Prozent des Nennbetrages der Vorzugsrente, also in Ihrem Falle 210 Reichsmark jährlich, und wenn er gleichzeitig über 60 Jahre alt ist, 155 Prozent = 310 Reichsmark jährlich. 3. Die Kosten können wir Ihnen nicht angeben, darüber müssen Sie sich an Gerichtsstelle befragen.

B. B. D. Die 6000 Mark hatten einen Wert von 5000 Zł.; davon sind 15 Prozent = 750 Zł. zu zahlen.

A. M., Privatier, Sienkiewicza. 1. Wir müssen wissen, wie groß die Wohnung ist, um Ihnen Bescheid geben zu können. 2. Der Vermieter hat keinen Anspruch auf eine Extravergütung. 3. Ihre Tochter würde in diesem Falle in den Mietsvertrag eintreten, wenn sie auf dieses Recht nicht selbst verzichtet.

Max Wegner
Martha Wegner geb. Bartels
Vermählte.
Jarantowice. 12344 Drzonówko.

Nach langem Krankenlager verschied heute früh im Diakonissenhause unsere liebe Tante
Frau verw. Kanzleirat
Pauline Zakobielski
geb. Schendel
im Alter von 85 Jahren.
Im Namen aller Hinterbliebenen
Franz Haber.
Bydgoszcz, den 29. September 1927.
Die Beerdigung findet Sonntag, den 2. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen evgl. Friedhofes aus statt. 6518

Statt Karten!
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und überaus zahlreichen Blumenspenden anläßig unserer am Dienstag, den 27. d. M., stattgefundenen Silberhochzeit sagen wir auf diesem Wege allen lieben Freunden, Vereinen und Korporationen unsern **allerherzlichsten Dank.** 12416
Franz Wolff und Frau.
Bydgoszcz, Grunwaldzka 138, im September 1927.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 30. September.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa teils heiteres, teils wolkiges Wetter mit wenig veränderten Tagestemperaturen an. Für die Nacht zum Sonntag sind sehr niedrige Temperaturen angesagt.

Der Fall Głąbiński in der Berufungsinstanz.

Als wir in unserem vorgestrigen Artikel „Głąbiński redivivus" die Frage aufwarfen, ob gegen das Urteil des Zniner Kreisgerichts Berufung eingelegt wurde, wußten wir noch nicht, daß die Angelegenheit dieser Tage bereits vor dem hiesigen Bezirksgericht als Berufungsinstanz stand. Der Angeklagte ist bekanntlich beschuldigt, im vorigen Jahre einen Schüler namens Eduard Chelmiński vorsätzlich mißhandelt zu haben, so daß dieser Verletzungen davontrug.

Der Angeklagte wurde vom Kreisgericht in Znin freigesprochen; gegen dieses Urteil legte die Staatsanwaltschaft nun Berufung ein. Die Begründung des freisprechenden Urteils lautete: „Trotzdem der Angeklagte die Grenzen des Züchtigungsrechts stark überschritt, hat das Gericht berücksichtigt, daß G. eine schwere Hand hat und ob er will oder nicht, die von ihm ausgeteilten Schläge schmerzhaft wirken." Der Angeklagte gab im hiesigen Termin zu, daß er den Schüler sechsmal mit einem Rohrstocke schlug, weil der Schüler angeblich mehrere Diebstähle verübte und einigemale Zigaretten rauchte. Vorsitzender: „Schlagen ist nicht erlaubt, denn das verstößt gegen das Rundschreiben des Kultusministers und ist strafbar." Der Verteidiger des Angeklagten bemerkt, daß das betreffende Rundschreiben nicht das alte preußische Gesetz aufhebe und dies demnach weiter bestehe. Außerdem könne wegen eines Verstoßes gegen das Rundschreiben nur ein Disziplinar-, niemals ein Strafverfahren eröffnet werden. Auf Antrag des Staatsanwalts wird das betreffende Rundschreiben, das die Aufhebung der körperlichen Züchtigung im hiesigen Gebiet anordnet, vom Gericht angefordert werden und soll im nächsten Termin verlesen werden.

Die Sache verfiel aus dem Grunde der Vertagung. Über das Ergebnis der Angelegenheit wird ein weiterer Bericht folgen. ln.

Städtische Fragen.

In einer Bromberger Korrespondenz des „Kurjer Poznański" lesen wir u. a.:

Das Komitee, das zur Propaganda für die Zuteilung Brombergs an Pommerellen gebildet wurde und an dessen Spitze Dr. Czesław Wiecki steht, hat bereits mehrere Sitzungen abgehalten; aber bisher wurde etwas Positives in der Sache noch nicht erreicht. Dagegen hat die Frage des Verbleibens der **Handelskammer** in Bromberg bereits einen gewissen Fortschritt gemacht, sei es auch nur deshalb, weil über den Sitz der Kammer eine Person entscheiden soll, die bei keiner der interessierten Städte engagiert ist. Ursprünglich sollten zur Lösung dieser Frage berufen werden Direktor Pernaczyński aus Posen, der natürlich Bromberg wirtschaftlich an Posen gefesselt sehen möchte, und Herr Marchlewski, der Vorsitzende des Verbandes der Kaufleute in Graudenz, dessen Sympathien zweifellos auf Seiten von Graudenz sind.

Was die **Zuteilung Brombergs** an die Wojewodschaft **Pommerellen** betrifft, so meint der Korrespondent des Posener Blattes, daß die darauf gerichteten Bemühungen auf große Schwierigkeiten stoßen, weil über die territoriale Abänderung der Wojewodschaftsgrenzen nicht die Regierung allein entscheiden kann, da dies zur Kompetenz der gesetzgebenden Körperschaften gehört. Deshalb kann auch eine rasche Erledigung dieser Wünsche nicht erwartet werden, und zwar um so weniger, als nicht bekannt ist, wann der Sejm wieder zusammentritt und ob es während der nächsten Tagung gelingen wird, diese Angelegenheit auf seine Tagesordnung zu setzen.

In den Kreisen der Bürgerschaft konzentrieren sich augenblicklich die Gedanken auf die **Neubesetzung** des Amtes des **Stadtpräsidenten.** Denn es scheint jetzt schon zweifellos, daß der suspendierte Stadtpräsident Dr. Śliwiński auf seinen Posten nicht mehr zurückkehrt. Deshalb spricht man schon von den eventuellen Kandidaten für seine Nachfolge. In den Kreisen des Nationalen Volksverbandes würde man auf dem Posten des Stadtpräsidenten gern den Abg. Kozłowski sehen, der Nationalen Arbeiter-Partei dagegen wäre es lieber, wenn der Gnesener Bürgermeister Barciszewski den Posten in Bromberg übernähme. Die Christliche Demokratie ist noch unentschlossen, doch spricht man von dem früheren pommerellischen Wojewoden Wachowiak. Im übrigen wird eine ganze Litanei von Namen genannt. Ob die ganze Sache nicht etwas verfrüht ist?"

Wir Bromberger Deutschen glauben das auch und haben im übrigen bei einer etwa notwendig werdenden Neuwahl auch ein Wörtchen mitzureden.

---

§ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug heute bei Brahemünde + 3,48 m, bei Thorn etwa + 1,20 m.

§ **Bromberger Schiffsverkehr.** Durch Brahemünde gingen im Laufe des gestrigen Tages 2 Schlepper, 3 beladene und 1 unbeladener Oderkahn nach der Weichsel; nach Bromberg kamen 2 unbeladene Oderkähne und 3 Schlepper.

§ **Versteigerung von Militärpferden.** Am Donnerstag, 13. Oktober, findet auf dem Elisabethmarkt von 10 Uhr vormittags ab eine Versteigerung von 55 Militärpferden statt.

§ **Nach dem 100jährigen Kalender** soll sich die Witterung im Monat Oktober wie folgt gestalten: Der Monat beginnt mit zwei schönen Tagen, am 3. Gewitter, worauf unfreundliches Wetter eintritt, das bis Ende anhält, am 30. gibt es Schnee, am 31. ist es trübe. — Im vergangenen Monat hat der „Hundertjährige" auffallend recht gehabt, daß er aber für den 3. Gewitter ansagt, doch kaum glaublich erscheinen.

§ **Ein überraschendes Züchtungsergebnis** legte uns heute Herr Hugo Pfaff, Bleichfelde, in Gestalt einer großen weißen Kartoffel von 570 Gramm Gewicht vor. Die Kartoffel ist aus Keimen gezüchtet. Es sind auf die gleiche Weise Exemplare von 400 Gramm und darüber geerntet worden.

§ **Der hiesige Geflügelzüchterverein** hielt kürzlich im Gasthause von Wichert nach der Sommerpause wieder eine Mitgliederversammlung ab, an der sich auch Vertreter des hiesigen Kaninchenzüchtervereins und der Brieftaubenzüchtervereine beteiligten. Galt es doch, zu der Frage der Veranstaltung einer Geflügel- und Kaninchenausstellung Stellung zu nehmen. Die gut besuchte Versammlung sprach sich einstimmig für Veranstaltung der Ausstellung aus. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Ausstellung ein größeres Ausmaß erlangen als frühere hiesige Ausstellungen. Die Durchführung der Ausstellung soll in den nächsten Versammlungen beraten werden.

ln **Wegen fortgesetzten Gasdiebstahls** sind die Eheleute Josef und Matilde Laskowski aus Prinzenthal am 4. April 1927 vom hiesigen Kreisgericht zu zwei bzw. einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Die Frau des L. behauptet, daß der Gaszähler von selbst abgefallen sei. Ein Kontrolleur des Gaswerks machte jedoch folgende Angaben: Ein Werkmeister meldete, daß in der Wohnung des L. seit langer Zeit Gas gestohlen werde. Um sich davon zu überzeugen, nahm der Zeuge eine Revision vor und stellte fest, daß an Stelle des Gaszählers der Ein- und Auslauf des Gases durch einen Gummischlauch verbunden war. Auf diese Art wurde Gas sowohl für Licht wie für Kochzwecke verbraucht. Die Frau des L. versuchte, dem Zeugen einen Geldbetrag zu geben, damit er keine Meldung mache. Im ganzen wurden 3183 cbm Gas gestohlen. Einige Einwohner des betreffenden Hauses machten ebenfalls Bekundungen, die hauptsächlich die Angeklagte belasten. Der Staatsanwalt beantragte, die Berufung der Frau L. zu verwerfen und den Josef L. mangels ausreichender Beweise freizusprechen. Das Gericht hob das Urteil erster Instanz auf und sprach den Josef L. frei, die Frau L. wurde zu einem Monat Gefängnis oder 300 zł Geldstrafe verurteilt.

ln **Aus dem Gerichtssaale.** Folgende Berufungssachen gelangten am gestrigen Donnerstag vor der dritten Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zur Verhandlung: Der Kaufmann Eduard Jaźwiński von hier wurde vom hiesigen Kreisgericht wegen öffentlicher Beschimpfung des hiesigen Gerichts und der Polizeibehörde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Angeklagte legte gegen das Urteil Berufung ein mit der Begründung, aus Rache angezeigt worden zu sein. In der Verhandlung vor der Strafkammer stellte es sich heraus, daß die Frau, die die Anzeige erstattet hatte, selbst wegen Beleidigung eines Richters mit drei Monaten Gefängnis bestraft wurde. Das Gericht nahm deshalb an, daß hier tatsächlich eine Anzeige aus Rache vorliege, hob das erstinstanzliche Urteil auf und sprach den J. frei. — Der Arbeiter Andreas Baumgart aus Olszewko, Kreis Bromberg, wurde am 21. März dieses Jahres vom Schöffengericht in Crone zu einem Monat Gefängnis wegen Betruges verurteilt. Er war beschuldigt, einem Krause wertloses Holz für 60 Złoty verkauft zu haben. Der Angeklagte bestreitet dies und gibt an, daß es sich um Strauchwerk und Äste gehandelt hätte, die er für geleistete Arbeit erhalten haben will. In Wirklichkeit hatte aber B. das Holz gestohlen, und ist auch bereits deswegen bestraft worden. Da der Krause das Holz wieder herausgeben mußte, machte er eine Strafanzeige wegen Betruges. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß hier ein Betrug nicht vorliege, hob das Croner Urteil auf und erkannte auf Freisprechung. — Die Landwirte Jakob Mazur und Josef Cikorski aus Mamlitz, Kreis Schubin, wurden am 14. Februar dieses Jahres vom Schöffengericht in Labischin wegen Angriffs auf einen Gerichtsvollzieher verurteilt, und zwar M. zu sieben Wochen, C. zu sechs Wochen Gefängnis. Der Gerichtsvollzieher bekundete, daß, als er eine Pfändung vornehmen wollte, sich die beiden Angeklagten widersetzten, auf ihn einschlugen, ihn beschimpften und drohten, ihn totzuschlagen. Das Gericht verwarf die Berufung Mazurs, während es die Strafe für Cikorski auf vier Wochen Gefängnis herabsetzte. Die Kosten beider Instanzen müssen die Verurteilten tragen. — Wegen Diebstahls wurde der Arbeiter Anton Dudek aus Labischin vom dortigen Schöffengericht zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Er stahl zwei Meter Klobenholz aus dem Walde, das dort aufgestapelt war. Der Angeklagte behauptet, das Holz gekauft zu haben; dies wird aber von einem Förster widerlegt. Das Gericht verwarf die Berufung des Angeklagten unter Auferlegung der Kosten.

§ **Kein Racheakt.** Wie kürzlich berichtet, hat ein Taubstummer mit einem Hammer eine Schaufensterscheibe des Bromberger Warenhauses, Ecke Bahnhof- und Danzigerstraße, eingeschlagen, angeblich, weil seine Schwester dort zu wenig Gehalt beziehen soll. Wie die Untersuchung ergeben hat, beruhte diese erste Angabe des Verhafteten auf Unwahrheit. Der junge Mann war angetrunken nach Hause gekommen, weshalb ihn der Vater zur Rede stellte. Daraufhin entfernte sich der Sohn und glaubte seiner Wut nicht anders Luft machen zu können, als durch einen Hieb mit dem Hammer in eins der Schaufenster des Warenhauses.

§ **Gestohlen** wurde ein Handwagen und eine Leiter im Gesamtwert von 200 zł. Die Gegenstände gehörten einem Stefan Napierała, Altestraße wohnhaft.

*

Vereine, Veranstaltungen rc.

* * *

* **Amsee** (Janikowo), 29. September. Unterleibstyphus. Wie wir hören, sind die von uns gestern gemeldeten Fälle von Unterleibstyphus nicht in Amsee, sondern in Ostrowo bei Amsee ausgebrochen, und zwar wurde die Seuche dorthin durch Berührung dortiger Einwohner mit Leuten aus Szadłowice verschleppt. Auch im Dorfe Bąkowo sind drei Personen an Unterleibstyphus erkrankt. Im ganzen sollen, wie dem „Dz. Bydg." mitgeteilt wird, im Kreise Inowrocław 70 Personen an Unterleibstyphus erkrankt sein.

* **Gnesen** (Gniezno), 29. September. Autounfall. Auf der von Gnesen nach Witkowo führenden Chaussee ereignete sich am Dienstag Abend in der Nähe von Jelonki eine Autokatastrophe. Ein in voller Fahrt sich befindendes Auto hatte eine plötzliche Reifenpanne, weshalb das Auto sich sofort überschlug und die drei Insassen unter sich begrub. Zum Glück passierte die Straße zu gleicher Zeit ein Rollkutscher der Gnesener Brauerei, der Hilfe herbeirief und die Verunglückten aus ihrer Lage befreite. Die Autoinsassen wurden zum Teil schwer verletzt, das Auto stark beschädigt.

* **Posen** (Poznań), 29. September. Eine Mädchenhändlerin vor Gericht. Das Posener Bezirksgericht verurteilte eine Maria Rogajewska wegen Beihilfe beim Mädchenhandel zu 14 Monaten Gefängnis. Auch wurde auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt. Die in Posen angeworbenen Opfer wurden mit Hilfe der Rogajewska nach Warschau und Bialystok und von dort aus direkt nach Argentinien verschleppt.

fs. **Wollstein** (Wolsztyn), 29. September. Eine Verkehrsstörung entstand gestern vormittags um 10 Uhr vor der Einfahrt des Posener Personenzuges. Bei der Überfahrt über die erste Weiche des Hauptgleises entgleiste eine Rangiermaschine mit einem Güterwagen. Der einfahrende Personenzug konnte nur bis zur Unfallstelle fahren, wo die Passagiere ausstiegen. Sofort eingeleitete Arbeiten machten das Gleis frei, sodaß der fahrplanmäßige Zug mit anderthalbstündiger Verspätung abgelassen werden konnte. — Der landwirtschaftliche Verein in Siedlec feierte am Sonntag sein 50jähriges Bestehen durch ein Vergnügen. — Für das Winterhalbjahr vom 1. Oktober d. Js. bis zum 31. März 1928 sind die Übergangszeiten an den Grenzstellen hiesigen Kreises wie folgt neu bestimmt: Kaszczor—Pfalzdorf von 8 bis 12 und 2—4 Uhr. Sonntags von 8—9 und 3—4 Uhr. Kiebel—Schwenten von 8—12 und 2—5, Sonntags von 8—9 und 3.30—5 Uhr. Kopnitz—Großdorf von 8—11 und 1—5 Uhr, Feiertags von 8.30—9.30 und 4—5 Uhr. — Am gestrigen Tage fand eine außerordentliche Sitzung der vereinigten Schulkörperschaften statt. Es wurde beschlossen, infolge der Überfüllung der katholischen Schule 3 Räume der evangelischen Schule in Benutzung zu nehmen. Die Mittel für die notwendige Instandsetzung wurden bewilligt. Zur weiteren Ausgestaltung des Volksschulwesens wurde die Einrichtung eines Konferenzzimmers und eines physikalisch-naturkundlichen Unterrichtsraumes bestimmt. Ferner wurde die Errichtung einer Aula unter gleichzeitiger Benutzung als Turnhalle geplant. Bauliche Veränderungen der Stall- und Abortgebäude in der evangelischen Schule erwiesen sich gleichfalls als notwendig. Die Mittel wurden bereits zur Verfügung gestellt.

Wirtschaftliche Rundschau.

Das Abkommen der „Vereinigung polnischer Gießerei- und Emaillierwerke" mit der tschechoslowakischen Konkurrenz über den Absatz auf den Balkanmärkten ist in einer am 20. d. M. in Warschau stattgefundenen Sitzung dieses Verbandes endgültig genehmigt worden. Dieser Verband umfaßt, wie schon sein Name besagt, nur die Hersteller von Gußemaillewaren, während die sonstigen polnischen Emaillierwerke dem europäischen Verband dieser Branche angehören. Die Inlandspreise, deren Regelung ebenfalls zu den Aufgaben der neu gebildeten Vereinigung zählt, sind bisher unverändert geblieben.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 30. Septbr. auf 5,9351 Złoty festgesetzt.

Der Złoty am 29. Septbr. Danzig: Ueberweisung 57,52 bis 57,66, bar 57,57—57,67, Berlin: Ueberweisung Warschau 46,85 bis 47,05, Posen 46,875—47,075, Kattowitz —,——,—, bar —,—,— Mailand: Ueberweisung 207, Prag: Ueberweisung 376,70 Czernowitz: Ueberweisung 1790, London: Ueberweisung 43,50, Newyork: Ueberweisung 11,20, Riga: Ueberweisung 61,00, Zürich: Ueberweisung 58,00, Wien: Ueberweisung —,—. Budapest: Ueberw. 63,40—64,40. Bukarest: Ueberw. 1795.

Warschauer Börse vom 29. Septbr. Umsätze. Verkauf—Kauf. Belgien —, Budapest —, Oslo —, Holland 358,65, 359,55 — 357,75, Kopenhagen —,—, —,—, London 43,53½, 43,65 — 43,42, Newyork 8,93, 8,95 — 8,91, Paris 35,12½, 35,22 — 35,03, Prag 26,51, 26,57 — 26,45, Riga ——, Schweiz 172,50, 172,95 — 172,07, Stockholm —, Wien, —,—, —,— — —,—, Italien 48,85, 48,97 — 48,73.

Amtliche Devisennotierungen der Danziger Börse vom 29. Septbr. In Danziger Gulden wurden notiert: Devisen: London 25,06, Gd., Newyork — Gd. Berlin 122,65, Gd., 122,85 Br., Warschau 57,52 Gd., 57,66 Br. — Noten: London —,— Gd., —,— Br., Newyork —,— Gd., —,— Br., Berlin —,— Gd., —,— Br., Polen 57,57 Gd., 57,71 Br.

Berliner Devisenkurse.

Offiz. Diskontsätze	Für drahtlose Auszahlung in deutscher Mark	In Reichsmark 29. Septbr. Geld	In Reichsmark 29. Septbr. Brief	In Reichsmark 28. Septbr. Geld	In Reichsmark 28. Septbr. Brief
—	Buenos-Aires 1 Pes.	1.792	1.796	1.792	1.796
—	Kanada . . 1 Dollar	4.200	4.208	4.193	4.206
5.85%	Japan . . . . 1 Yen.	1.956	1.960	1.955	1.959
—	Konstantin 1 trk. Pfd.	20.947	20.987	20.93	20.97
—	Kairo . . 1 äg. Pfd.	2.185	2.189	2.160	2.164
4.5%	London 1 Pfd. Sterl.	20.431	20.471	20.415	20.455
3.5%	Newyork . . 1 Dollar	4.1975	4.2055	4.1955	4.2035
—	RiodeJaneiro 1 Milr.	0.5005	0.5025	0.500	0.502
—	Uruguay 1 Goldpes.	4.246	4.254	4.246	4.254
3.5%	Amsterdam . 100 Fl.	168.34	168.68	168.21	168.55
10%	Athen	5.494	5.506	5.594	5.606
5.5%	Brüssel-Ant. 100 Frc.	58.454	58.575	58.42	58.54
6%	Danzig . . 100 Guld.	81.51	81.67	81.45	81.61
6.5%	Helsingfors 100 fi. M.	10.575	10.595	10.572	10.592
7%	Italien . . . 100 Lira	22.91	22.95	22.90	22.94
7%	Jugoslavien 100 Din.	7.395	7.409	7.393	7.407
5%	Kopenhagen 100 Kr.	112.47	112.69	112.35	112.57
8%	Lissabon . 100 Elsc.	20.58	20.62	20.63	20.67
4.5%	Oslo-Christ. 100 Kr.	110.69	110.91	110.62	110.84
5%	Paris . . . . 100 Frc.	16.465	16.505	16.46	16.50
5%	Prag . . . . . 100 Kr.	12.44	12.46	12.435	12.455
3.5%	Schweiz . . 100 Frc.	80.93	81.09	80.915	81.075
10%	Sofia . . . 100 Leva	3.032	3.040	3.027	3.033
5%	Spanien . . 100 Pes.	73.51	73.63	73.37	73.51
4%	Stockholm . 100 Kr.	112.89	113.11	112.84	113.06
6.5%	Wien . . . . . 100 Kr.	59.22	59.34	59.17	59.29
6%	Budapest . . . Pengö	73.42	73.56	73.38	73.52
8%	Warschau . . 100 Zł.	46.90	46.90	46.90	46.90

Züricher Börse vom 29. Septbr. (Amtlich.) Warschau 58,00, Newyork 5,18⅝, London 25,24¼, Paris 20,35, Wien 73,15, Prag 15,37¼, Italien 28,31, Belgien 72,20, Budapest 90,75, Helsingfors 13,07, Sofia 3,75, Holland 207,95, Oslo 136,80, Kopenhagen 138,80, Stockholm 139,50, Spanien 90,85, Buenos Aires 2,21½, Tokio ,——, Bukarest 3,23, Athen 6,87½, Berlin 123,45, Belgrad 9,13¼, Konstantinopel 2,64.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, gr. Scheine 8,88 Zł., do. kl. Scheine 8,87 Zł., 1 Pfd. Sterling 43,33 Zł., 100 franz. Franken 34,88 Zł., 100 Schweizer Franken 171,73 Zł., 100 deutsche Mark 211,58 Zł., Danziger Gulden 172,55 Zł., österr. Schilling 125,64 Zł., tschech. Krone 26,40 Złoty.

Aktienmarkt.

Posener Börse vom 29. September. Festverzinsliche Werte: 3½- und 4proz. Pos. Vorkr.-Pfandbr. 50,50. 5proz. Prämien-Dollaranleihe 58,00. 6proz. Rogg.-Br. der Pos. Landsch. 24,25. Tendenz schwächer. — Industrieaktien: Bank Zw. Sp. Zar. 90,00. C. Hartwig 49,00. Herzfeld-Viktorius 52,00. Lubań 94,00. Dr. Roman May 105,00. P. Sp. Drzewna 1,00. Unja 24,00. Wytw. Chem. 1,00. Tendenz: schwächer.

Produktenmarkt.

Berliner Produktenbericht vom 29. September. Getreide und Oelsaat für 1000 Kg., sonst für 100 Kg. in Goldmark. Weizen märk. 253—257, September 270,50—270, Okt. 270,50—269,50, Dezbr. 272,00,—271,00. Roggen märk. 240—243, Septbr. 267—266—266,50, Oktober 249—247,50, Dezember 244,00—243,00, Gerste: Sommergerste 220—267, Futter- und Wintergerste 217—224. Hafer: märk. 196—209, Spt. 217—217,50, Okt. 211, Dez. 211. Mais loko Berlin 193—195. Weizenmehl 32,50 bis 36,00. Roggenmehl 32,50 bis 34,75. Weizenkleie 14,50 —,—. Roggenkleie 14,25—14,50. Raps 300,00—310. Viktoriaerbsen 47—56, kleine Speiseerbsen 23—31, Futtererbsen 21—22. Peluschken 21,00—22,00. Ackerbohnen 22—23. Wicken 22,00 bis 24,00. Lupinen blau 15,— bis 16,—, do. gelb —,— bis —,—. Rapskuchen 16,00—16,40, Leinkuchen 22,40 bis 22,80. Trockenschnitzel ——, —. Soyaschrot 20,00—20,50. Kartoffelflocken 22,00—22,60. Tendenz: für Weizen, Roggen matt, Gerste, Mais behauptet, Hafer, Weizen- u. Roggenmehl, Weizen- u. Roggenkleie ruhig.

Materialienmarkt.

Berliner Metallbörse vom 29. Septbr. Preis für 100 Kilogr. in Gold-Mark. Hüttenrohzink (fr. Verkehr) — bis —, Remalted Plattenzink 48,50—49,50, Original-Alumin. (98—99%) in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren 210, do. in Walz- oder Drahtb. (99%) 214, Hüttenzinn (mindestens 99%) —,—, Reinnickel (98—99%) 340—350, Antimon (Regulus) 85—90. Silber i. Bar. für 1 Kilogr. 900 fein 76,50—77,50.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für den redaktionellen Teil: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; gedruckt und herausgegeben von A. Dittmann T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten

Kirchenzettel.

* Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Fr.-T. = Freitaufen.

Sonntag, den 2. Oktbr. 27 (Erntedankfest). (16. n. Trinitatis).

Bromberg. Paulskirche. Vorm. 10 Uhr: Sup. Aßmann*. 11½ Uhr Kindergottesdienst. Nachm. 5 Uhr Versammlung des Jung-Mädchenvereins im Gemeindeh. Donnerstag, abends 8 Uhr: Bibelstd. im Gemeindehause, Pfr. Wurmbach.

Evangl. Pfarrkirche. Vorm. 10 Uhr: Pfr. Hesekiel*. ½12 Uhr Kdr.-Gottesdienst. — Dienstag, abds. 7½ Uhr Blaukreuzversammlung im Konfirmandensaale.

Christuskirche. Vrm. 10 Uhr Pfr. Wurmbach*. (Erntedankfest). ½12 Uhr Kindergottesdienst. Dienstag, nachm. 5 Uhr: Versammlg. dee Frauenhilfe im Gemeindeh. Mittwoch, abds. 8 Uhr Versammlg. des Jungmänner-Vereins im Gemeindehause.

Luther-Kirche, Frankenstraße 87/88. Vorm. 10 Uhr Erntedankfest-Gottesdienst*, Pfr. Lassahn. Nachm. 3½ Uhr Erntedankfeier im Gemeindehause.

Ev.-luth. Kirche. Posenerstraße 13. Vorm. 10 Uhr: Lesegottesdienst. — Freitag, abends 7 Uhr: Bibelstunde.

Christl. Gemeinschaft, Marcinkowskiego (Fischerstraße) 8b. Nachm. 2 Uhr Kindergottesdienst. Nchm. 3½ Uhr Jugendbund. — Nachm. 5 Uhr: Evangelisations-Versammlung, — Mittwoch, abds. 8 Uhr: Bibelstunde.

Ev. Gemeinsch., (früh. Libelta 8) Marcinkowskiego (Fischerstr.) 8b. Abds. 8 Uhr Gottesdienst. Dienstag, abds. 8 Uhr Gesangstunde.

Baptisten-Gemeinde, Pomorska 26. Vorm. 9½ Uhr Gottesdienst*, Pred. Becker. Vorm. 11½ Uhr Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Erntedankfest. Nachm. 6 Uhr Jugendverein. — Donnerstag, abds. 7½ Uhr Gebetstunde.

Schleusenau. Vorm. 10 Uhr Erntedankfestgottesdienst*. — Donnerstag, abends 8 Uhr Bibelstunde in Blummes Kinderheim.

Schröttersdorf. Vrm. 9 Uhr Gottesdienst, danach Kindergottesdienst.

Kl. Bartelsee. Vorm. 11 Uhr Gottesdienst. — Nachm. 4 Uhr Erntedankfeier der Frauenhilfe im Pfarrhause.

Weichselhorst. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst.

Ofielsk. Nachm. 2 Uhr Gottesdienst.

Nakel. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst dan. Kindergottesdienst. Nachm. 4 Uhr Frauenhilfe. Donnerstag, nachm. 6 Uhr: Bibelstunde.